

GDS@ktuell

Forum für Hochschulkunde

der Gemeinschaft für Deutsche Studentengeschichte (GDS)

www.studentengeschichte.eu

Nr. 264

VV 4.210
2006

Juni

Redaktion: Dr. Bernhard Grün (Gesamtgestaltung/Nachrichten), Timo Sentner (Bibliographie),
Dr. Harald Lönnecker (Nachrichten), Gerhard Taus (Festschriften), Karsten Schiewe (Zeitschriften)
Zuschriften: gds-archiv@gds-web.de



Akademische Verbindung Austria Innsbruck, gegründet 1864, seit Juli 1933 im ÖCV, aufgelöst 1938, erneuert 1943/46, Vorort ÖCV 2006/07; Wahlspruch: „In veritate libertas!“, Farben: weiß-rot-gold/weiß-rot; CK gelaufen 1898.

Redaktionelles

Liebe Freunde!

Das Bild von studentischen Verbindungen in der Öffentlichkeit wird außer durch diese selbst zu einem kleineren Teil wesentlich von den Medien bestimmt und geprägt. Seit einigen Jahren sind Studentenverbindungen gewissermaßen im Sinne einer Milieustudie ins Fadenkreuz speziell von politisch eindeutig positionierten Fernsehkrimiautoren geraten, die diesen nicht ganz zufällig in ihren bedenklich kruden Stories durchweg eine autoritäre und deutschnationale Grundhaltung attestieren: So in den kürzlich ausgestrahlten beiden TV-Krimis mit den doppelsinnigen Titeln „Herzod“ (http://cinema.msn.de/film_aktuell/filmdetail/film/?typ=inhalt&film_id=601736) bzw. „Blutsbande“ (http://cinema.msn.de/film_aktuell/filmdetail/film/?typ=inhalt&film_id=397840). Gemeint sind sie damit letztendlich alle, gleich ob Burschenschaften, Corps oder katholische Verbindungen, wie jünger nachzulesen bei Alexandra Kurth, hervorgegangen

ebenfalls aus der Marburger Geschichtswerkstatt, in der Jubiläumsausgabe der Academia 2 (2006) des bundesdeutschen CV unter der beziehungsreichen Überschrift „Zwischen Affektkontrolle und rituell-kollektivem Kontrollverlust“. Daß es Verbindungen aber auch heute noch gelingen kann, eine „gute Presse“ zu finden, belegen jüngst die 21. Ausgabe des Rheinischen Merkur vom 25. Mai 2006 unter www.merkur.de mit ausführlicher Darstellung des CV oder auch die Preussische Allgemeine Zeitung www.preussische-allgemeine.de Nr. 23 vom 10. Juni 2006 mit ihrer Berichterstattung über den diesjährigen Burschentag in Eisenach. Vivant sequentes!

Mit studentischem Gruß!

Dr. Bernhard Grün Z! Z!

Sie kennen jemanden, der an dem Monatsbericht interessiert sein könnte und einen E-Postanschluß hat? Gerne sind wir bereit, unseren Verteiler an Interessierte zu erweitern!

Nachricht an: gds-aktuell@gds-web.de

Meldungen & Meinungen

- Ausstellung „300 Jahre **Universität Breslau**“. Feierstunde mit Partneruniversität der **Ruhr-Universität-Bochum**: Mit einer Jesuiten-Akademie am Ufer der Oder fing alles an: Im November 1702 gründete Leopold I, Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, die "Leopoldina" in Breslau. Das Datum gilt heute als Geburtsstunde der Universität Breslau. Anlässlich des fast 20-jährigen Bestehens der Kooperation zwischen den Universitäten Breslau und Bochum zeigt die Universitätsbibliothek der RUB nun eine Ausstellung zur 300-jährigen Geschichte der polnischen Partnerhochschule, gefördert von der Krupp-Stiftung. Das ausführliche Programm steht im Internet unter www.ub.rub.de/DigiBib/Aktuelles/breslau.html

Ursprünglich sollte die Hochschule an der Oder schon früher entstehen: Wladislaw II (1456-1516), König von Böhmen (seit 1471) und Ungarn (seit 1490), unterzeichnete bereits 1505 den Gründungsakt einer Universität im heutigen Breslau. Durch zahlreiche Kriege zu jener Zeit, insbesondere aber aufgrund des Widerstands der Universität Krakau gegen dieses Vorhaben, konnte sie jedoch nicht errichtet werden. Erst 200 Jahre später gründete der Habsburger Kaiser Leopold I die Jesuiten-Akademie mit zwei Fakultäten - Philosophie und Theologie. Am 15. November 1702 nahm sie den Lehrbetrieb auf. Den Status einer Universität erhielt sie im August 1811, als die Universität Viadrina (Frankfurt an der Oder) aufgrund eines Edikts des Preußischen Königs Friedrich Wilhelm III (1770-1840) vorübergehend nach Breslau verlagert wurde. Damit erweiterte sich das Fächerspektrum um Medizin und Rechtswissenschaft, die Hochschule hieß nun "Universitas litterarum Vratislaviensis". Die Ausstellung in der UB dokumentiert die bewegte Geschichte der polnischen Hochschule, zugleich gibt die Universität Breslau auf Postern und in geliehenen Dokumenten Einblick in ihre "Exlibris-Sammlung". Heute umfaßt das Lehrangebot der Bochumer Partneruniversität acht Fakultäten: Philologie; Pädagogik und Geschichte; Recht, Verwaltung und Wirtschaft; Sozialwissenschaft; Physik und Astronomie; Naturwissenschaft (Natural Sciences); Chemie; Mathematik und Informatik. Die Fakultät für Medizin ging 1950 in einer medizinischen Akademie in Breslau auf. Derzeit sind rund 40.000 Studierende eingeschrieben. Die Stadt Breslau, im 10. Jahrhundert gegründet, hat knapp 650.000 Einwohner. Der Partnerschaftsvertrag zwischen den Unis Bochum und Breslau wurde am 8. Juli 1988 unterzeichnet. Im Austausch der Wissenschaftler und Studierenden beider Hochschulen vergibt die RUB jährlich ein Stipendium nach Breslau; im Gegenzug bietet Breslau Studierenden der RUB jährlich zwei Freiplätze im Sommersprachkurs an. Zudem ermöglicht das Sokrates-Programm der EU einen regelmäßigen Austausch von Studierenden, etwa in philologischen Fächern sowie in Biologie und Biochemie. Auch die Studierenden der Medizinischen Akademie Breslau nutzen das Sokrates-Programm für ihre Aufenthalte an der RUB. Pro Jahr empfängt die Medizinische Fakultät der Ruhr-Universität ca. zehn Studierende der Breslauer Partnerinstitution.
- Österreichischer Jugendkanzler gewählt: EKV-Vizepräsident **Georg Hanschitz**, Mitglied im MKV und ÖCV, wurde von den Lesern des Netzmagazins www.chilli.cc zum ersten österreichischen Jugendkanzler gewählt. Neun Kandidaten hatten sich beworben. Der 23-jährige gebürtige Kärntner war einer der wenigen Wahlbewerber der nicht von einer politischen Partei ins Rennen geschickt wurde. Dennoch konnte er mit 42 % der Stimmen in der Online-Abstimmung den Jung-Gewerkschafter Spyridon Messogitis klar auf den zweiten Platz verweisen. Hanschitz wird nun in monatlich erscheinenden Gastkommentaren auf chilli.cc für seine Standpunkte eintreten. Über seine offizielle Seite www.jugendkanzler.at ist der Student der Politikwissenschaft für Anfragen von Jugendlichen erreichbar. Zuvor war Hanschitz u. a. bereits als Vorstands-Mitglied des Österreichischen Nationalkomitees für Internationale Jugendarbeit und als Bundesobmann des Mittelschüler-Kartell-Verbandes sowie in weiteren bildungspolitischen Gremien tätig. Seit Jänner 2005 amtiert er als Vizepräsident des Europäischen Kartellverbandes: www.ekv.info/htdocs/de/office_praesidium.htm
- Neu aufgenommen in die Kurie der freien Verbindungen des **Europäischen Kartellverbandes (EKV)** wurden der Ch.ö.Stb. Liechtenstein zu Wiener Neustadt, als assoziierte Mitglieder die Audacia Napocensis zu Klausenburg (Rumänien) und der Wingolf zu Wien. Gegründet wurde der EKV als überverbandlicher Zusammenschluß im Jahr 1975. Heute zählt der EKV 16 Mitgliedsverbände und die Kurie der einzelnen Verbindungen aus insgesamt elf Staaten. In der Kurie sind alle Verbindungen zusammengeschlossen, die keinem Verband angehören. Somit sind etwa 120.000 Akademikerinnen, Akademiker und Studierende Mitglieder von rund 660 Verbindungen im EKV vertreten. Geführt wird der EKV von einem Präsidium, dem ein Kuratorium für ideelle und finanzielle Unterstützung zur Seite steht. An der Spitze des Kuratoriums steht MEP Mag. Othmar Karas (MKV, ÖCV), der erst im Jahr 2000 den langjährigen Vorsitzenden Dr. Alois Mock (ÖCV, MKV) ablöste. Dem EKV gehören als Dachverbände an der Akademische Bund katholisch-österreichischer Landsmannschaften (KÖL), der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), der Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine (KV), der Kartellverband katholischer nichtfarbentragender akademischer Vereinigungen Österreichs (ÖKV), der Katholiek Vlaams Hoogstudenten Verbond (KVHV), der Keresztény Diákegyesületek Kartellszövetsége (KEDEX) in Ungarn, der Mittelschüler-Kartellverband (MKV) in Österreich, der Österreichische Cartellverband (ÖCV), der österreichische Ring katholischer akademischer Burschenschaften (RkaB) sowie der Ring katholisch-deutscher Burschenschaften (RkdB), der Schweizerische Studentenverein (StV), der Technische Cartell-Verband (TCV), der Unitas-Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine, der Verband farbentragender Mädchen (VfM) und die Vereinigung christlicher Studentinnenverbindungen Österreichs (VCS).
- Die eigenwillige Sichtweise der Gegenberichterstattung der Antifa über den CV und die Feier seines 150-jährigen Bestehens in **München** ist nachzulesen unter: <http://de.indymedia.org/2006/05/148191.shtml>: „Am 25. 5. veranstaltete die christlich-nationalistische Burschenschaft „Aenania“ als Vorsitzende des nicht weniger nationalistischen „Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen“ dessen 150-jähriges Jubiläum. U. a. fand in diesem Zusammenhang um 19.00 Uhr ein Gottesdienst in der Universitätskirche „St. Ludwig“ mit mehreren hundert Teilnehmern statt. Im Anschluß konnten die Burschenschaftler in ihrer an der Universität verbotenen Uniform am antifaschistischen Denkmal im Lichthof der Geschwister-Scholl-Universität (GSU) ungehindert einen Kranz niederlegen. Gleichzeitig wurden in der BRD mindestens acht Menschen durch faschistische Übergriffe verletzt. Zu den Ereignissen im Lichthof am Abend des 25. 5.: Ab 19.00 Uhr trafen an der GSU etwa ein Dutzend AntifaschistInnen ein, um gemeinsam mit den ca. 20 TeilnehmerInnen der Uni-WG, einer studentischen Protestaktion gegen Studiengebühren, der Verhöhnung antifaschistischen Widerstands durch die Burschenschaftler entgegenzutreten. Anwesend waren auch ungefähr 10 Leute des Allgemeinen Studierendenausschusses (ASTa) und Uni-Sommerfest-

leute, die für die Rettung ihres guten Verhältnisses mit der Uni-Leitung jeglichen Protest gegen die Kranzniederlegung der rechtskonservativen Studentenverbindung zunächst in Wortgefechten, später tätlich und durch Denunziation bekämpften: Einige AntifaschistInnen und ein kleiner Teil der Uni-WG versuchten die Kranzniederlegung am antifaschistischen Denkmal zunächst mithilfe von Möbelstücken der Uni-WG zu verhindern. Es wurde eine Barrikade gebaut, die die AStA-Leute sogleich wieder zerstörten. Daraufhin erfolgte eine Sitzblockade rund um das Denkmal. In der Zwischenzeit rief der AStA/Uni-Sommerfest die Universitätsverwaltung, welche kurz darauf eintraf und die Bullen rief. Während sich die Sitzblockade kurz vor Eintreffen der Bullen unter klatschendem Beifall des AStA/Uni-Sommerfest auflöste,



Kranzniederlegung des Münchener CV im Lichthof der Universität für die Mitglieder der „Weißen Rose“ (Quelle: www.cartellverband.de)

marschierten die ersten Burschenschaftler in den Lichthof. AStA/Uni-Sommerfest und Teile der Uni-WG spielten den eintreffenden Burschenschaftlern zur Begrüßung klassische Musik vor. Das hereinstürmende Unterstützungskommando (USK) nahm die Personalien von fünf Leuten auf, denen nun Hausfriedensbruch vorgeworfen wird. Das mehr als unsolidarische Verhalten des AStA/Uni-Sommerfest ist aufs Schärfste zu verurteilen. Auch wenn sich einige Personen aus dem AStA sowie die „Aenania“ selbst, als nichtschlagende Verbindung die von den Nationalsozialisten verboten wurde, damit brüsten AntifaschistInnen zu sein, sie sind es nicht. Denunzianten und deutsch-nationale sind keine AntifaschistInnen, sie stellen die Massenbasis des Faschismus. Was die Burschenschaften betrifft, so bereiten sie gleich ob christlich-konservativ oder offen faschistisch dem Faschismus in bestimmten historischen Situationen mindestens ideologisch den Weg. Die „Aenania“ bspw. besingt in ihren Liedern bis heute das deutsche Vaterland und dessen bedingungslose Verteidigung ... Auch ihre angeblich antifaschistischen Mitglieder sind in Wahrheit Nationalisten, Sexisten bis hin zu Faschisten. So befinden/befanden sich unter ihnen Personen wie z.B. Kardinal Wetter, mit seinem äußerst patriarchalen Frauenbild oder Max Buchner (1881-1941). Letzterer gilt zwar als Gegner des Nationalsozialismus, gehörte aber der „Deutschen Vaterlandspartei“ an. Die „Deutsche Vaterlandspartei“ wurde 1917 gegründet und lehnte entschieden jegliche Friedensverhandlungen zur Beendigung des von Deutschland angezettelten ersten Weltkriegs ab. Theodor Maunz, ebenfalls ehemaliges (weil mittlerweile verstorben) Mitglied der „Aenania“, unterstützte während des Nationalsozialismus das NS-Regime als Jurist. Später in der BRD wurde er nicht nur als führender Verfassungsrechtler hochgelobt, sondern wurde obendrein für seine nationalsozialistischen Aktivitäten mit dem Amt des bayerischen Kultusministers (1957-1964) belohnt. „Nach seinem Tod erschien in der Nationalzeitung ein Artikel, in dem Maunz dafür gedankt wurde, daß er nicht nur deren Herausgeber, den DVU-

Vorsitzenden Gerhard Frey, seit einem Verfahren gegen ihn nach Artikel 18 des Grundgesetzes (Aberkennung von Grundrechten) in den 1960er Jahren juristisch beraten habe, sondern auch viele Jahre unter einem Pseudonym in der Nationalzeitung geschrieben habe.“ Zit. n. www.wikipedia.org. Der AStA hat nicht zum ersten Mal sein wahres Gesicht gezeigt. Nach den verlorenen Wahlen im letzten Jahr können die fortschrittlichsten in diesem Kreis bestenfalls zum rechten Rand der Sozialdemokratie gezählt werden. Der Rest klatscht auch noch, wenn Antifas durch das Herbeirufen der Bullen, das genau dieser AStA mitzuverantworten hat, abhauen müssen. Nationalistische Burschenschaften werden toleriert und eine Kranzniederlegung wird erst durch den AStA ermöglicht. Eine derartige Szenerie, wie wir sie am 25.05. erleben mußten, ist unglaublich. Wir werden das in keinem Fall hinnehmen. Die Ereignisse dieses Donnerstages werden Konsequenzen haben. Jene, die Teil des AStA sind und damit Probleme haben fordern wir eindringlich auf Stellung zu beziehen. Wer schweigt stimmt bekanntlich zu. Dem Rest des AStAs wollen wir folgendes sagen: Wir verstehen dieses Papier als Warnung. Sollte es zu weiteren Entgleisungen von eurer Seite aus kommen, sehen wir uns gezwungen wenn nötig auch mit direkten Aktionen gegen euch vorzugehen!

- Am 9. Juni feierten Studenten und Akademiker aus ganz Deutschland in Erfurt das Jubiläum ihres **Verbands der Vereine Deutscher Studenten (VVVDSt)**. Vertreter von Studentenverbindungen aus Polen, Österreich, Dänemark, Ungarn, Rumänien und Kroatien waren eingeladen. Drei Tage dauerte das Fest: Neben einem Festakt am 9. Juni um 10 Uhr im Erfurter Rathaus und dem großen Kommerz am 10. Juni im Kaisersaal, auf dem Kulturstaatssekretär Bauer-Wabnegg sprach, fand auch eine Tagung der kürzlich von den Vereinten Nationen ausgezeichneten VVDSt-Akademie statt. Und natürlich kam auch die Kultur nicht zu kurz: Ausflüge nach Weimar und zur Wartburg standen auf dem Programm. „Wir sind stolz auf unsere 125-jährige Geschichte und freuen uns, das Jubiläum mit Freunden aus Deutschland und Europa in Thüringen feiern zu können“, erklärte der Verbandsvorsitzende Erich Wachernig. Im 1881 am Kyffhäuser gegründeten Verband der Vereine Deutscher Studenten (VVVDSt) sind heute über vierzig Studentenverbindungen aus Deutschland, Österreich und Ungarn zusammengeschlossen. Die mehr als 4000 Mitglieder bilden ein Netzwerk von Studenten und Ehemaligen, das sich auf Freundschaft, persönliches Engagement und Tradition gründet. In jedem Semester organisieren die VVDSt-Mitglieder an allen Standorten Programme mit vielen verschiedenen Veranstaltungen, z.B. Vorträge zu politischen und wissenschaftlichen Themen, Rhetorik-Schulungen, gemeinsame Exkursionen, traditionelle Kneipen und Kommerz, Partys und Sport. Der Verband lebt seit über 120 Jahren durch das gemeinsame Interesse der VVDSt an Politik-, Wirtschafts- und Kulturkonzepten für Deutschland und Europa und von der Persönlichkeit seiner Mitglieder. Innerhalb des VVDSt wird ein reger Kontakt, z. B. durch gegenseitige Besuche und europaweite Tagungen gepflegt. Mit der Verbindung Schleswiger Studenten (VSSSt) in Dänemark und den Vereinen Deutscher Hochschüler (VDH) in Polen, Rumänien, Ungarn und Kroatien arbeitet der Verband intensiv zusammen. Zuletzt wurden in 2005 mit Unterstützung des VVDSt Darmstadt ein Verein Deutscher Studentinnen am Ort gegründet sowie der VVDH Budapest. Im Deutschen Bundestag ist der VVDSt mit dem Abgeordneten Christoph Waitz (FDP Sachsen) vertreten. Erschienen ist aus diesem Anlaß außerdem eine zweibändige Festschrift.
- Der baden-württembergische Wissenschaftsminister Professor Dr. **Peter Frankenberg** (CDU) hat sich bei einem Empfang für den CV dafür ausgesprochen, das Engagement in einer studentischen Korporation als

„Anreizfaktor“ in das European Credit Point Transfer System (ECTS) aufzunehmen. Durch das ECTS können auf EU-Ebene Studienleistungen zwischen einzelnen Universitäten gegenseitig anerkannt werden. Dem Minister ist es ein Anliegen, daß Studentenverbindungen langfristig ihre erfolgreiche Arbeit fortführen können.

- 900 in Talar und Barett gekleidete Absolventen des Studienjahrs 2005/2006 der **Universität Bonn** erhalten am Samstag, 8. Juli, auf der Hofgartenwiese vor dem barocken Hauptgebäude ihre Urkunden. Die Organisatoren rechnen außerdem mit gut 4.500 Besuchern. Alle Absolventen werden nach angelsächsischem Vorbild in Talare gekleidet sein. Die Farbe von Schärpe und Bommel am Barett kennzeichnen die Zugehörigkeit zu einer der sieben Fakultäten. So werde es nach Angaben der Veranstalter im Hofgarten viel Scharlachrot der Mediziner zu sehen geben, das Preußischblau der Philosophen und das Grün der Landwirte, aber auch evangelische und katholische Theologen in Violett und Blauviolett sowie Rechts- und Staatswissenschaftler in Purpur. Die Feier sei in diesem Stile einzigartig an einer großen Universität in Deutschland, meldete die Universität Bonn. Die Hochschule wolle damit eine neue Universitätskultur der Anerkennung und Wertschätzung etablieren. Zur ersten Feier im Sommer 2005 kamen rund 3.000 Menschen auf die Hofgartenwiese, darunter 700 Absolventen. In diesem Jahr folge fast jeder zweite Abgänger des aktuellen Studienjahrs der Einladung des Rektors. „Natürlich steht jedem frei zu entscheiden, ob er teilnehmen will“, sagte Initiator Prof. Dr. Max Baur. Wer mitmachen wolle, müsse allerdings den Talar tragen. www.universitaetsfest.uni-bonn.de
- Der künftige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) heißt Prof. Dr. **Matthias Kleiner**. Der 51-jährige Ingenieurwissenschaftler wurde von der Mitgliederversammlung der DFG am 31. Mai 2006 in München für eine dreijährige Amtsperiode von Anfang 2007 bis Ende 2009 gewählt. Er tritt die Nachfolge von Professor Dr. Ernst-Ludwig Winnacker an, der sich nach neunjähriger Amtszeit nicht mehr zur Wiederwahl gestellt hatte. Mit Matthias Kleiner tritt erstmals in der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein Ingenieurwissenschaftler an die Spitze. Matthias Kleiner wurde am 24. Mai 1955 in Recklinghausen geboren. Das Fachgebiet des Vaters von drei Kindern ist die Produktionstechnik. Nach einem Maschinenbaustudium an der Universität Dortmund wurde Matthias Kleiner dort im Januar 1987 bei Professor Eberhard von Finckenstein promoviert und habilitierte sich während seiner Zeit als Oberingenieur im Oktober 1991 für das Fach „Umformtechnik“. Von 1994 bis 1998 baute Kleiner als Universitätsprofessor den Lehrstuhl „Konstruktion und Fertigung“ an der neu gegründeten Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus auf und war von 1995 bis 1996 Prorektor in deren Gründungsrektorat. Im September 1998 übernahm er den Lehrstuhl für Umformtechnik an der Universität Dortmund, war 2000 bis 2002 Dekan der Fakultät Maschinenbau und ist dort seit September 2004 Leiter des neu gegründeten „Instituts für Umformtechnik und Leichtbau“. Im Jahr 1997 erhielt Matthias Kleiner den Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Der neue Präsident ist Mitglied zahlreicher in- und ausländischer Wissenschaftseinrichtungen, wie der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, des Konvents der Technikwissenschaften acatech und der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Produktionstechnik (WGP) sowie Fellow in The International Academy for Production Engineering (CIRP): www.dfg.de
- Die Medizinische Fakultät der **Universität Lübeck** belegte im Hochschulranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) den ersten Platz unter 41 bewerteten Universitäten in Deutschland und der Schweiz. Der Fachbereich erhielt besonders in der Betreuung der Studierenden und der allgemeinen Studiensituation Bestnoten. Auch die wissenschaftlichen Veröffentlichungen und die Bettenausstattung der Fakultät wurden sehr positiv bewertet. Mit 30 Fächern und mehr als 280 analysierten Universitäten und Fachhochschulen enthalte das CHE-Hochschulranking die derzeit umfassendsten und detailliertesten Rankinglisten, hieß es aus Lübeck. Neben Fakten zu Studium, Lehre, Ausstattung und Forschung beinhalte es Urteile von mehr als 250 000 Studierenden über die Studienbedingungen an ihrer Hochschule sowie die Reputation der Fachbereiche unter den Professoren der einzelnen Fächer. Insgesamt bis zu 34 Kriterien flössen in die Untersuchung ein. Die vollständigen Ergebnisse des CHE-Rankings sind im Internetz abrufbar.
- Die **Hochschulrektorenkonferenz (HRK)** hat auf ihrer Jahrestagung am 4. und 5. Mai in Greifswald Änderungen an der geplanten Föderalismusreform gefordert. Kleinstaatliche Strukturen oder ein Kooperationsverbot von Bund und Ländern, wie sie für den Hochschulbereich vorgesehen seien, schaden den Hochschulen, sagte die HRK-Präsidentin Professor Dr. Margret Wintermantel. Für mehr als die Hälfte der Studienangebote gebe es bereits Zulassungsbeschränkungen, weil die Hochschulen einen vertretbaren Qualitätsstandard ihrer Lehre auf andere Weise nicht mehr aufrechterhalten könnten, sagte Wintermantel. Bis 2011 sei mit einer Steigerung der Zahl der Studienanfänger um 60.000 zu rechnen. Derzeit nähmen pro Jahr rund 360.000 Menschen in Deutschland ein Studium auf. In Europa werde im Rahmen des Bologna-Prozesses ein gemeinsamer Hochschul- und Forschungsraum errichtet. Daß zur gleichen Zeit in Deutschland 16 Bundesländer ihre jeweils eigene Politik etwa bei der Vereinheitlichung der Studienabschlüsse machen könnten, werde „in anderen Staaten nicht verstanden“, sagte die HRK-Präsidentin. Die deutschen Hochschulen seien zwar gut für den europäischen Wettbewerb gerüstet: „Wir brauchen aber rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, um in diesem Wettbewerb langfristig bestehen zu können.“ Eine Politik der Zersplitterung und eine zunehmende Bürokratisierung seien in diesem Zusammenhang schädlich. Das HRK-Präsidium formulierte fünf Kernforderungen für Änderungen an den Plänen zur Föderalismus-Reform, die auch bei der parlamentarischen Anhörung am 29. Mai vorgetragen werden sollen. Länder und Bund sollen nach Auffassung der HRK auch künftig Hochschulen institutionell gemeinsam fördern können; das „Abweichungsrecht“ der Länder solle gestrichen werden. Die Hochschulrektoren forderten zudem Regelungen für einheitliche Studienabschlüsse und die einheitliche Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland. Notwendig sei zudem ein bundesweit gültiger Wissenschaftstarifvertrag, um vergleichbare Bedingungen zwischen den Bundesländern und zwischen den universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu schaffen. Große Sorgen bereitet den Hochschulrektoren die künftige Finanzierung von Hochschulneubauten. Die Zweckbindung der Hochschulbaumittel und das Gebot der Gegenfinanzierung durch die Länder müsse gewährleistet sein, wenn der Bund die Fördermittel auf die Länder übertrage, unter: www.hrk.de/de/presse/95_3209.php
- „Die Hochschulen drohen in den nächsten fünf bis zehn Jahren zu ersticken. Sie bedürfen dringend staatlicher Hilfe“, erklärte DHV-Präsident Prof. Dr. **Bernhard Kempen** (KDStV Markomannia Würzburg). Die derzeitige Lage der Hochschulen sei durch folgende Faktoren gekennzeichnet: Nahezu 50 Prozent aller Studiengänge – mit zunehmender Tendenz – seien

zulassungsbeschränkt. In den nächsten Jahren seien zusätzlich mindestens eine halbe Million Studierende zu erwarten. Hinzu komme, daß ein doppelter Abiturjahrgang in die Hochschulen dränge. Gleichzeitig würden durch die Umgestaltung auf Bachelor-/Masterstudiengänge zusätzliche Ressourcen in Anspruch genommen. „Wenn nichts Durchgreifendes passiert, saufen die Hochschulen in den nächsten Jahren schlichtweg ab. Dann war die hoffnungsvoll gestartete Exzellenz-Initiative nur noch ein letztes Aufbäumen vor dem Erstickungstod“, sagte Kempen. Vor diesem Hintergrund könne der Anstoß von Bundesministerin Schavan, zusammen mit den Ländern einen Hochschulpakt 2020 als Hilfsprogramm zu beschließen, nur begrüßt werden. Allerdings stehe zu befürchten, daß das dringend notwendige Programm durch die anstehenden Beratungen zur Föderalismusreform behindert und hinausgeschoben werde. „Am einfachsten wäre es, das Programm schnell auf der Grundlage der derzeitigen Kompetenzzuweisung von Bund und Ländern zu verabschieden. Das Programm darf nicht in die ‚Föderalismusfalle‘ geraten“, erklärte Kempen. Der Deutsche Hochschulverband legte Vorschläge vor, wie die Programmmittel aus dem „Hochschulpakt 2020“ für eine Verbesserung der Studienbedingungen zu verwenden seien. Zur vollständigen Presseerklärung mit den Vorschlägen des DHV:

www.hochschulverband.de/cms/fileadmin/pdf/pm/pm10-2006.pdf

Neuerscheinungen & Rezensionen

- Ein Konzept für die Außendarstellung: Am konkreten Beispiel schildert der Frankfurter PR-Experte Marc Zirlewagen die Erstellung eines PR-Konzepts als Grundlage für die Außendarstellung einer - in diesem Falle studentischen - Vereinigung. Zirlewagen schlägt strukturierte Verfahren für die Bestandsaufnahme des eigenen Images und das Erstellen einer Kommunikationsmatrix vor, gibt aber auch praktische Handreichungen für einen professionellen Umgang mit den Medien. Die Darlegungen sind auf andere Organisationen und Körperschaften leicht übertragbar; Zirlewagen, Marc: *Die Verbindung zur Zukunft* (Kleine Schriften der GDS, 18). Köln 2006, 80 S.; erschienen im SH-Verlag: www.sh-verlag.de
- Steiger, Johann A. (Hg.): **500 Jahre Theologie in Hamburg**. Hamburg als Zentrum christlicher Theologie und Kultur zwischen Tradition und Zukunft (Arbeiten zur Kirchengeschichte, 95). Berlin 2005, 504 S. [rez. v. Uwe Schmidt, unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-1-176>]: Vierzehn Autoren waren (mit einer Ausnahme) an einer Ringvorlesung an der Universität Hamburg im Jahre 2004/2005 beteiligt, welche dem vorliegenden Buch den Namen gegeben hat. Anlaß war die Gründung der Theologischen Fakultät fünfzig Jahre zuvor. Die Beiträge des Sammelbandes gelten der Darstellung großer Hamburger Theologen von Johann Bugenhagen (1485-1558) bis zu Helmut Thielicke [B. Sedinia Greifswald/SB] (1908-1986), der ersten Ansätze weiblicher Theologie und den Außenseitern wie Wilhelm Heydorn, Hermann Strassosky und Kurt Leese. Das Buch



dient darüber hinaus der Vermittlung theologischer Fachfragen, Kontroversen und geistesgeschichtlichen Grundfragen. Entgegen der Erwartung, welche der Titels auslöst, 500 Jahre Theologie in Hamburg zu präsentieren, befaßt sich der Sammelband ausschließlich mit der Theologie des Protestantismus, an deren Beginn, eingeführt durch Traugott Koch (1-15), der Reformator Johann Bugenhagen steht. Ihm verdankt Hamburg seine kirchliche Grundordnung und die Gründung der Gelehrtenschule des Johanneums 1529. Die auf ihn folgende lutherische Orthodoxie stellt Martin Mulsow (81-111) in seinem Beitrag über den Theologen und Philologen Johann Christoph Wolf (1683-1739) als den Anfang eines „Spannungsbogens“ dar, der sich über 250 Jahre bis in die Zeit einer „im Kern toleranten Gelehrtensamkeit“ des Aufklärungszeitalters erstreckte. Die hier ausgetragenen gelehrten Kontroversen haben in Hamburg, der „Stadt der üppigen Privatbibliotheken“, zu reichen Bücherschätzen geführt. Wolf war einer der Protagonisten dieser Bücherfreunde und -kenner. Mulsow bezeichnet ihn daher als den eigentlichen Begründer der heutigen Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek. Einen ergänzenden Langzeitüberblick über 150 Jahre Hamburger Geistes- und Theologiegeschichte vermittelt der Herausgeber Johann Anselm Steiger (113-130): Hamburg wurde von der Aufklärung erst mit Verspätung erfaßt. Entscheidende Impulse verdankte das neue Denken dem Professor für Moral und Eloquenz Johann Albert Fabricius (1688-1736), dessen Wirksamkeit als Philologe auch der christlichen Überlieferung Ralph Häfner würdigt (35-57). Sein kosmologisch-theologisches Hauptwerk „Physico-Theologie oder Natur-Leitung zu Gott“ (1730) erschien in vierunddreißig Auflagen und fand größte internationale Beachtung. Der Hamburger Ratsherr Barthold Hinrich Brockes (1680-1747) gestaltete, wie Anne Steinmeier (17-33) eindrucksvoll ausführt, ein neues Gottesverständnis im Gleichklang mit der Natur dichterisch aus und wurde hierbei gleichermaßen durch Fabricius wie durch den älteren Philipp Nicolai (1601-1608) angeregt, der als Hauptpastor in St. Katharinen mit seinem „Freudenspiegel“ und seinen bis heute bekannten Liedtexten („Wie schön leuchtet der Morgenstern“ und „Wachet auf, ruft uns die Stimme“) den Menschen in Zeiten der Pest Trost und Hilfe geben wollte. Als geistiger Nachfahre kann der Wandsbeker Dichter Matthias Claudius (1740-1815) angesehen werden. Brockes erregte mit seinem kosmologisch getönten Gottesverständnis, wie Andreas Großmann verdeutlicht (59-78), den Argwohn der lutherischen Orthodoxie, personifiziert in der Gestalt des Hauptpastors an St. Katharinen, Johann Melchior Goeze (1717-1786). Dessen mit großer Erbitterung ausgetragene Kontroverse mit Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781) ist Teil der europäischen Geistesgeschichte geworden. Das im Kern bis heute unvermindert aktuelle Thema „Theologie und Wahrheit“ hat auf weniger als 20 Seiten (133-152) Gerhard Freund verständlich und für den Leser nachvollziehbar aufbereitet. Lessings Publikation der nachgelassenen Fragmente von Hermann Samuel Reimarus (1694-1768) provozierte mehr als dreißig Gegen-schriften, die von Freund typologisch geordnet werden. Reimarus hatte im Namen der kritischen Vernunft die Notwendigkeit einer historischen Betrachtung der überkommenen Religion verdeutlicht, indem er den jüdischen Kontext für das Leben und Wirken Jesu herausstellte und ihn von der späteren Deutung durch Paulus abhob. Ohne daß die äußere Struktur des Sammelbandes dies signalisiert, stellt der Beitrag von Hans-Martin Gutmann (156-188) über Johann Hinrich Wichern (1808-1881) einen thematischen Einschnitt dar: Mit seinem Beitrag nähern sich die Autoren des zweiten Teils (273 Seiten gegenüber dem 152 Seiten umfassenden ersten Teil) unserer eigenen Zeit. Wicherns bis heute aktuelle und „ernstzunehmende Perspektive“ (187) ist, daß er sich in besonderem Maße der sozialen

Lebensprobleme der Ärmsten der Gesellschaft angenommen hat. Gutmann zieht hieraus die Folgerung: „In der gegenwärtigen Krise der sozialen Sicherungssysteme muß an diese evangelische Tradition angeknüpft werden.“ - Die Kirchen- und Dogmengeschichtlerin Inge Mager widmet sich (189-223) den Hamburger Theologinnen Amalie Sieveking (1794-1859) und Elise Averdieck (1808-1907) und ihrem sozialen Wirken. Ihr Engagement als Privatlehrerinnen für Mädchen (209, 211) erhielt dadurch ein besonderes Gewicht, daß Hamburg bis 1870 kein allgemeinbildendes staatliches Schulwesen besaß. Mager führt (421-432) auch in die Hamburger Theologischen Promotionen ein, die – 280 an der Zahl – übersichtlich in Form einer Tabelle (433-473) präsentiert werden. Rainer Hering behandelt (225-243) die Geschichte der Hamburger theologischen Fakultät und gibt einen Überblick (361-397) über theologische Außenseiter. Michael Monter (317-333) und Christian Hermann (335-359) widmen sich dem zu Lebzeiten außerordentlich populären Theologen und Prediger Helmut Thieliicke. Acht der insgesamt neun Beiträge dieses zweiten Teils halten sich nach Umfang und Art der Darstellung – knapp, informativ und kritisch – an den Duktus, den die Autoren des ersten Teils exemplarisch vorgeführt haben. Lediglich der überlange und unklar strukturierte Beitrag von Theodor Ahrens über „Missionswissenschaft in Hamburg“ (245-314) fällt aus diesem Rahmen. Langatmige Inhaltsangaben aus der einschlägigen Literatur überfrachten den Text, in dessen Zentrum die Gestalt von Walter Freytag (1889-1959), Hamburger Missionsdirektor und Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Missionsrates, steht. Ahrens verteidigt mit fehlerhaften Zitaten und suggestiven Formulierungen das lange dominierende unkritische Bild von Freytag als eines noblen Gelehrten und diplomatisch agierenden Missionspolitikers, integer auch gegenüber den Zumutungen und Anfechtungen des Nationalsozialismus und seiner Ideologie, gegen neuere, auf inzwischen erschlossenen umfangreichen Quellenstudien basierende Erkenntnisse des Hamburger Kirchenhistorikers Rainer Hering (1990) und des Birminghamer Missionswissenschaftlers Werner Ustorf (1999).[1] Wie die meisten evangelischen Christen hat Freytag zu den Auswirkungen der Reichspogromnacht 1938 ebenso geschwiegen wie zur Deportation der Hamburger Juden 1941. Wie andere prominente protestantische Theologen hatte auch Freytag an den rassenideologischen, kolonialpolitischen und nationaltheologischen Verirrungen im Vorfeld des Nationalsozialismus und während der Diktatur teil. Diese wissenschaftlichen Defizite des Beitrags sind dem Verfasser und dem Herausgeber anzulasteten. Ohne den Beitrag von Ahrens hätte der Sammelband alle Chancen gehabt, zu einem historisch-theologischen Standardwerk zu werden. Auf die aktuelle Problematik zu Beginn des 21. Jahrhunderts – Restauration, Säkularisierung, Pluralismus – und ihre Auswirkungen auf die Theologie macht schließlich der Systematiker und Religionsphilosoph Jörg Dierken (399-419) aufmerksam. Die Urteilsfähigkeit in Religionsdingen zu stärken, ist, so resümiert er, die ureigenste Aufgabe der theologischen Wissenschaft: „Religion durch ihre Verbindung mit wissenschaftlicher Reflexion zu kultivieren, ist nicht nur ein Gewinn für die Kirchen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt“, denn „Religion ist eine gesellschaftliche Tatsache“ (403). Vorbildlich sind die beigefügten Register über die Promovierten (475-478), die Fakultätsangehörigen (479-483), die Nachweise zu insgesamt 21 in den Text einbezogene Abbildungen (493-494) und das sorgfältig zusammengestellte Personenregister (495-504). Trotz der angeführten Einschränkungen erfüllt der Sammelband insgesamt seinen im Untertitel genannten Anspruch, Hamburg als ein Zentrum christlicher Theologie und Kultur auszuweisen. Die in dieser Stadt nicht zu

übersehenden, von den Autoren lebendig dargestellten theologischen und geistesgeschichtlichen Kontroversen und öffentlichen Auseinandersetzungen geben dem Spannungsbogen zwischen Tradition und Zukunft eine herausfordernde Aktualität.

- Petersen, Karsten: "Ich höre den Ruf nach Freiheit". **Wilhelm Emmanuel von Ketteler und die Freiheitsforderungen seiner Zeit.** Eine Studie zum Verhältnis von konservativem Katholizismus und Moderne (Bd. 105). Paderborn 2005, 404 S. [C. Guestphalia Göttingen; rez. v. Joachim Schmiedl, unter: www.sehepunkte.historicum.net/2006/02/8892.html] Zu Recht gilt der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811-1877) als eine der prägenden Persönlichkeiten der katholischen Kirche des 19. Jahrhunderts. Als Rechtsreferendar ausgebildet, wurde er 1844 zum Priester geweiht und bereits 1850 Bischof von Mainz. Sein politisches Engagement begann er als Abgeordneter in der Frankfurter Nationalversammlung. Über 20 Jahre später gehörte er auch dem ersten deutschen Reichstag an. Bekannt wurde Ketteler als wichtiger Sensibilisierer für die soziale Frage und als einer der Wortführer der Minoritätsbischofe auf dem Ersten Vatikanischen Konzil, für die die Definition des Dogmas von der Unfehlbarkeit des Papstes inopportun schien. Die philosophisch-theologische Grundlage des kirchenpolitischen Wirkens des Mainzer Bischofs lag in seiner konservativen Prägung. Diese wird in der vorliegenden Arbeit, einer kirchengeschichtlichen Dissertation der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Kiel, erhellt und in der diachronen Umsetzung im politischen und kirchlichen Handeln vorgestellt. Ketteler war Theologe und konservativer Denker. Mit diesen Qualifizierungen sind die beiden Richtungen angegeben, mit denen sich das politische Handeln Kettelers verstehen läßt. Grundlegend bleibt, so Petersen, Kettelers Ekklesiologie aus den Schriften der Tübinger Schule. Die Kirche als "Erlösungsanstalt" ist eine universale Größe, um der Einheit willen geordnet durch Papst und Bischöfe. Wenngleich Ketteler konziliare Strukturen bevorzugt, steht er doch fest hinter der Primatsstellung des Papstes als Teil der übernatürlichen Herkunft der Kirche. Für Ketteler ergibt sich daraus eine geschichtstheologisch motivierte Zweiteilung der Welt in einen inner- und außerkirchlichen Bereich. Aufgabe der Kirche sei es, Lebensbedingungen für Christen zu ermöglichen und auf politische Verbesserungen hinzuwirken. Die Bischöfe müßten ihre Rechte notfalls von der Politik einfordern, der Staat hingegen dürfe sich nicht in die Freiheit der Kirche einmischen. Als zweiten Hintergrund der politischen Philosophie Kettelers untersucht Petersen dessen Konservatismus. Neben der Bezugnahme auf Thomas von Aquin kommt hier Kettelers Orientierung am Münchener Görreskreis am stärksten zum Vorschein. Sein Ziel ist die Schaffung eines christlichen Staates, der den Gefahren der Moderne entgeht und weder dem Absolutismus noch dem Liberalismus oder dem Sozialismus erliegt. Die aus dem Christentum und dem Konservatismus entnommenen Denkkategorien untersucht Petersen in Kettelers politischem Handeln. Letztlich geht es ihm um die Freiheit der Kirche. Sie verfolgt er mit realpolitischem Pragmatismus. Vier Phasen der politischen Einflußnahme Kettelers lassen sich für Petersen unterscheiden. Im Revolutionsjahr 1848 vertritt Ketteler als Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung die Forderungen von Einheit und Freiheit. Seine Position differenziert sich jedoch in der Grundrechtsdebatte. Die Debatte über die Kirchen- und Schulartikel der Verfassung machten deutlich, daß Kettelers korporativer Freiheitsbegriff in der Paulskirche nicht durchzusetzen war. Die Phase der politischen Reaktion in den 1850er-Jahren begleitete Ketteler als Bischof von Mainz. Seine Forderungen gingen

nun auf Gewährung der der Kirche zustehenden Rechte. Von allgemeinen Grundrechtsdiskussionen wandte sich Ketteler konkreten Erwartungen an den Staat zu. Streitpunkte waren die Wiedererrichtung des Mainzer Priesterseminars als theologischer Lehranstalt sowie das Staatskirchenrecht im Großherzogtum Hessen und den Ländern der Oberrheinischen Kirchenprovinz überhaupt. Auf die Freiheit der Kirche kam Ketteler ab 1859 wieder zurück. Kirche und Moderne schlossen sich aus; diese liberale Position schien sich durch den Syllabus Pius' IX. zu bestätigen. Ketteler argumentierte damit, "die Leitbegriffe der Gegner - Gewissens- und Religionsfreiheit, Toleranz und Parität - in seinem Sinne umzudeuten, um so die praktische Kompatibilität der katholischen Kirche zur Moderne darzustellen" (298). Die Abwehr integralistischer Deutungen der päpstlichen Verurteilungen prädestinierte Ketteler für seine Rolle auf dem Konzil. Petersen läßt freilich, dabei dem Gesamtduktus seiner Überlegungen folgend, diese innerkirchlichen Kontroversen unberührt. Die letzte Lebens- und Wirkphase Kettelers drehte sich um die Freiheit der Katholiken im Deutschen Kaiserreich. Als Abgeordneter im ersten Reichstag selbst an den Debatten beteiligt, denunzierte er in den Jahren des Kulturkampfes einen bloß individuellen Begriff von Freiheit und setzte sein korporatives Verständnis entgegen. Petersen resümiert die Stellungnahmen Kettelers zum Kulturkampf, vorgetragen mit "Martyrpathos" (366), und kommt zum Schluß, der Mainzer Bischof wäre eher bereit gewesen, einer völligen Trennung von Staat und Kirche zuzustimmen als den Verlust der kirchlichen Integrität hinzunehmen. Über Ketteler wurde schon viel geschrieben. Was bringt die vorliegende Arbeit Neues? Zum einen kann sie sich auf die 2001 abgeschlossene Edition der Werke Kettelers beziehen. Mit diesem fertigen Editionsprojekt liegt für die Forschung eine zuverlässige Quellengrundlage vor. Zum anderen geht Petersen in der zeitlichen Erstreckung seines Untersuchungsgegenstands über die 1971 erschienene, in der gleichen Reihe veröffentlichte Arbeit von Adolf M. Birke hinaus, indem er die gesamte Lebenszeit Kettelers berücksichtigt. Auf diese Weise kommt die innere Konsistenz der Argumentation Kettelers aus der katholischen Theologie und dem konservativen Denken seiner Zeit gut zur Darstellung. Nicht zuletzt bezieht die Studie ihren Reiz aus der Tatsache, daß sie von einem evangelischen Kirchenhistoriker geschrieben wurde. Vielleicht stehen sich, und das mag vierzig Jahre nach der Erklärung über die Religionsfreiheit des Zweiten Vatikanischen Konzils und auf dem Hintergrund interkultureller Spannungen zwischen den Weltreligionen tröstend und erschreckend zugleich sein, dezidiert religiös argumentierende Denker aufs Ganze gesehen näher in ihrer Argumentation als sie es ihren jeweiligen nicht religiös oder areligiös handelnden Glaubensgenossen sind. Petersens Studie ist in diesem Sinn sehr aktuell.

- Baker, Nicholson: **Der Eckenknick oder wie die Bibliotheken sich an den Büchern versündigen**. Reinbek 2005, 492 S. [rez. v. Stefan Wiederkehr, unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-2-042>: „Laßt die Bücher in Ruhe, sage ich, laßt sie, laßt sie in Ruhe“ (S. 181). Wer hier aufschreit, ist nicht ein Bibliothekar, der seine Bücher vor kritzelnden Lesern schützen will, sondern ein Leser, der seine Lektüre vor den Bibliothekaren verteidigt. Zielscheibe der flammenden Streitschrift des US-amerikanischen Romanautors Nicholson Baker ist die Mikroverfilmungs- und Digitalisierungspraxis in den Bibliotheken seines Heimatlandes. Worum geht es? Die Library of Congress und andere große amerikanische Bibliotheken begannen nach dem Zweiten Weltkrieg, ihre Zeitungssammlungen auf Mikrofilm zu übertragen. Um den Verfilmungsprozeß zu beschleunigen, lösten sie die Bindung der

Originalbände. Anschließend ließen sie die verfilmten Zeitungen nicht neu binden, sondern schieden diese aus ihrem Bestand aus, um in den Magazinen Platz zu gewinnen. Diese Aussonderungen zogen einen systematischen Informationsverlust nach sich, weil z. B. farbige Abbildungen im Mikrofilm nur schwarz/weiß wiedergegeben werden. Dazu kommt, daß die Existenz der Mikroverfilmung einer Zeitung zahlreiche Bibliotheken verleitete, ihre eigene Druckausgabe dadurch zu ersetzen. So verschwand innerhalb der amerikanischen Bibliothekslandschaft die Vielfalt unterschiedlicher Regionalausgaben ein und derselben Zeitung. Negative Konsequenzen hatte schließlich die Tatsache, daß die Technologie vor allem in der Anfangsphase unausgereift und die Qualitätskontrollen ungenügend waren: Unvollständige, unscharfe oder schlicht vergessene Seiten lassen sich ohne Original nicht rekonstruieren. Da die Master-Kopien der Mikrofilme in der Hand privater Firmen verblieben, muß für neue Abzüge von verblaßten oder durch häufigen Gebrauch zerkratzte Filme im besseren Fall ein zweites Mal bezahlt werden. Im schlechteren Fall existiert die Firma nicht mehr und die Master-Kopien sind bei der Liquidation verloren gegangen. Nach den Zeitungen kamen – so Baker weiter – Zeitschriften und immer häufiger auch Bücher an die Reihe, obwohl die Lebensdauer von Mikrofilmen kaum über diejenige von Büchern hinausgehe, die den Eckenknick-Test (das mehrfache Umknicken der Ecke einer Seite zur Feststellung der Papierqualität, wie es in amerikanischen Bibliotheken praktiziert wird) nicht bestehen. Anstelle des Mikrofilms sei in jüngster Zeit die Digitalisierung getreten – mit denselben fatalen Folgen für die Originale und ohne eine Lösung für das Problem der Langzeitarchivierung in Sicht. Politisch durchsetz- und finanzierbar geworden sei diese Form des „Zerstören[s], um zu bewahren“ (S. 40) dank der von Bibliotheksdirektoren gehegten Schreckensvision, daß die seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts auf säurehaltigem Papier gedruckten Bücher und Zeitungen in Kürze zu Staub zerfallen würden. Mit dem rhetorischen Handwerk des Schriftstellers, aber auch gestützt auf 94 Seiten Anmerkungen und 23 Seiten Bibliographie, stellt Baker die amerikanischen Bibliotheksverantwortlichen und die Washingtoner Geldgeber als dilettantische Kulturvernichter dar und schildert genüßlich, daß hauptsächlich ehemalige Pyrotechniker als Fachleute für die Massenentsäuerung von Papier herangezogen wurden. Immer dann, wenn das Buch zu lang zu werden droht, bringt ein Einschub Spannung und Lust an der Lektüre zurück, bald zu den Verbindungen zwischen CIA und Library of Congress, bald über Pläne aus dem 19. Jahrhundert, zur Papierherstellung ägyptische Mumien auszuwickeln. Kurz: Baker präsentiert sein erstes Thema leichtfüßig, schreibt ein „sexy Buch“ im amerikanischen Sinne. An einigen Stellen hätte Baker allerdings besser daran getan, den Zweihänder durch das Florett zu ersetzen, um seinem erklärten Ziel – der langfristigen Bestandserhaltung – zu dienen. Gegen Ende seines Buches kommt ihm zwar in den Sinn, daß Mikroverfilmung und Digitalisierung der Langzeiterhaltung des Originals dienen können, wenn eine Sicherheitskopie auf schonende Weise hergestellt wird und der normale Bibliotheksbenutzer nur mit der Sekundärform arbeitet. Im Eifer, Washingtoner Gelder aus den Mikroverfilmungs- und Digitalisierungsprojekten für den Bau von Bibliotheksmagazinen zurückzugewinnen, bestreitet er aber schlicht und einfach, daß das Problem des säurehaltigen Papiers existiert. Damit erweist er allen ernsthaften Versuchen, das Ausmaß dieses Phänomens zu erforschen und eine langfristige Gegenstrategie gegen den möglichen Totalverlust von Originalen zu entwickeln, einen Bärendienst. Bakers Vorschlag, einfach rechtzeitig zwei traditionelle Fotokopien von bedrohten Bänden zu machen (S. 239), ist nicht weniger dilettantisch als das

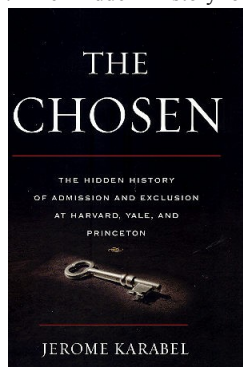
von ihm inkriminierte Vorgehen der amerikanischen Bibliotheken. Abgesehen davon, daß auch Photokopien nur eine begrenzte Lebensdauer haben, würde sich so ja der Raumbedarf der Bibliotheken auf einen Schlag verdreifachen. Völlig außer Acht läßt Baker auch, daß gewisse Neuerscheinungen heute nur noch in elektronischer Form auf den Markt gebracht werden und daß diese Publikationsform einen Mehrwert gegenüber dem klassischen Buch aufweisen kann, wenn etwa audiovisuelles Material integriert wird oder wenn Suchfunktionen zur Verfügung stehen. Die Langzeitarchivierung derartiger elektronischer Dokumente stellt die Bibliotheken vor ganz neue Herausforderungen und kostenintensive Zusatzaufgaben, da sie nicht nur physisch aufbewahrt, sondern trotz raschem Wandel von Hard- und Software auch lesbar gehalten werden müssen [1]. Das dazu notwendige Know-How kann auch auf Digitalisate angewendet werden, die zur Schonung von Originalen auf Papier hergestellt wurden. Dieses Know-How wird aber in Zukunft nur dann zur Verfügung stehen, wenn die Bibliotheken schon heute zusätzliche Gelder der öffentlichen Hand erhalten. Veröffentlichungen auf Papier und Digitalisate gegeneinander auszuspielen, ist kurzfristig. Als Primärformen mit unterschiedlichen Eigenschaften werden künftig gedruckte und elektronische Publikationen nebeneinander bestehen. Bibliotheken sind in dem Maße, in dem sich durch das elektronische Publizieren ihr Sammelauftrag erweitert und die Langzeitarchivierung durch periodische Datenmigration oder stetige Entwicklung von Emulationen zu weit höheren Kosten führen wird als bis vor kurzem die Buchbinderarbeiten, mit größeren Mitteln auszustatten. Mit seinem Kostenargument gegen sekundäre Speicherformen hat Baker aber zweifellos Recht. An der Feststellung der Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken von 1998, daß die Erhaltung des Originals „im Vergleich mit den verschiedenen Sekundärformen in jedem Fall mit Abstand das billigste Verfahren“ [2] darstellt, hat sich bis heute nichts geändert. In diesem Sinne gehört Bakers Buch (in gedruckter Form, damit es auch in ein paar Jahren noch sicher lesbar ist) ins Regal jedes Finanzbeamten, der glaubt, Raumprobleme von öffentlich finanzierten Bibliotheken durch die Digitalisierung von Beständen kostengünstig lösen zu können. Anm.: [1] Zu den Bestrebungen in Deutschland, dieses Problem in den Griff zu bekommen, vgl. insbesondere die Tätigkeit des Kompetenznetzwerks Nestor (www.langzeitarchivierung.de), des Projekts kopal (<http://kopal.langzeitarchivierung.de>) sowie des Trierer Kompetenzzentrums für elektronische Erschließungs- und Publikationsverfahren in den Geisteswissenschaften (<http://germazope.uni-trier.de/Projects/KoZe2/>). [2] Erhaltung, Archivierung und Aussonderung von Druckschriften in Bayern. Empfehlungen im Auftrag der Generaldirektion der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken hrsg. v. Hermann Leskien. Dbi-Materialien 174. Berlin 1998, S. 47.

- Himmler, Katrin: **Die Brüder Himmler. Eine deutsche Familiengeschichte.** Frankfurt/Main 2005, 329 S.; rez. v. Dirk Riedel, unter: <http://hsozkult.geschichte.huberlin.de/rezensionen/2006-2-043>: Faktenreich und kritisch schildert die Politikwissenschaftlerin Katrin Himmler die Familiengeschichte Gebhard und Ernst Himmlers, den Brüdern des „Jahrhundertmörders“ (S. 11) Reichsführer SS Heinrich Himmler (PC Apollo München). Sie knüpft dabei an die jüngere Täterforschung an, die sich verstärkt mit der Geschichte derjenigen NS-Verbrecher befaßt, die nicht an der Spitze des nationalsozialistischen Machtapparates standen, sondern im zweiten oder dritten Glied die nationalsozialistischen Massenverbrechen planten und umsetzten.[1] Katrin Himmler fügt diesen Untersuchungen insofern ein weiteres Element hinzu, als sie mit der Frage nach

Handlungsoptionen und Entscheidungsfreiheiten Gebhard und Ernst Himmlers im Nationalsozialismus den juristischen Täterbegriff durch einen historischen erweitert, der – wie Michael Wildt in seinem Nachwort des Bandes erläutert – jenseits der strafrechtlichen Dimension, die Verantwortung von Mitläufern und Mittätern einschließt. Katrin Himmler hat bereits an verschiedenen zeitgeschichtlichen Forschungsprojekten mitgewirkt. Doch es war vor allem ein persönliches Interesse, daß den Anstoß gab, sich dieser Familiengeschichte zu widmen. Denn Katrin Himmler ist die Enkeltochter von Ernst Himmler, dem jüngsten der drei Brüder. Die besondere Perspektive ihres Buches schlägt sich auch in der Darstellungsform nieder. So orientiert sich der Band nicht streng am Stil wissenschaftlicher Abhandlungen, auch die Emotionen Katrin Himmlers, etwa bei der Konfrontation mit neuen Dokumenten über ihren Großvater, werden thematisiert, während detaillierte Fußnoten fehlen. Ein Anmerkungsapparat enthält jedoch weiterführende Literatur- und Quellenhinweise. Katrin Himmler konnte sich auf bislang unberücksichtigte Quellen aus den Beständen ihrer Verwandtschaft stützen. Doch entgegen der Familienüberlieferung, die eine „ideologische Distanz“ zwischen dem „unpolitischen Ernst“ und „Heinrich dem Schrecklichen“ (S. 18f.) behauptete, mußte Katrin Himmler feststellen, daß ihr Großvater und auch dessen Bruder Gebhard, überzeugte Nationalsozialisten waren, die sich auf verantwortungsvollen Posten engagiert für den NS-Staat einsetzten. Ernst Himmler hatte sich bereits 1931 der NSDAP angeschlossen. Unmittelbar nach der Machtübernahme, als die Nationalsozialisten die Rundfunkhäuser in Deutschland von politischen Gegnern „säuberten“ und mit eigenen Parteigenossen besetzten, erhielt auch Ernst Himmler dank der Unterstützung des Reichsführers SS eine Anstellung beim Reichsrundfunk. Schnell stieg er zum Stellvertreter des Technischen Direktors auf, mehrfach wurde er vom NS-Staat ausgezeichnet. Seit Kriegsbeginn organisierte Ernst Himmler den Aufbau der Rundfunkverbindungen zwischen Berlin und den Wehrmachtstruppen an der Front. Schon 1933 war er auch der SS beigetreten. Daß der Bruder des Reichsführers SS diesen Schritt nicht nur aus Karrieregründen getätigt hatte, wird spätestens anhand eines Schreibens vom Mai 1944 deutlich: Als Heinrich Himmler seinen Bruder Ernst um die Beurteilung des stellvertretenden Betriebsdirektors Major Schmidt bat, dessen Vorfahren mindestens zum Teil jüdischer Herkunft waren, plädierte Ernst Himmler in antisemitischer Diktion für die Absetzung des Mannes. Dabei wußte er durchaus, welchen Gefahren er den Major auslieferte, seiner negativen Beurteilung fügte er die kryptischen Worte an: „unabhängig von der späteren Behandlung solcher Fälle.“ (S. 211) Gebhard Himmler, der älteste der drei Brüder, hatte sich bereits nach seiner Rückkehr als Soldat aus dem Ersten Weltkrieg zusammen mit Heinrich Himmler in den militanten Kreisen der völkischen Rechten Münchens engagiert. Beide nahmen am Hitler-Putsch 1923 teil. Der gelernte Diplomingenieur Gebhard Himmler, der seit 1925 als Lehrer in München unterrichtete, machte nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Karriere im Hauptamt für Technik der NSDAP und als Ministerialbeamter im Reichserziehungsministerium. Unter anderem setzte er sich dafür ein, daß nur noch diejenigen Studienabsolventen einen Ingenieurtitel tragen durften, die auch den rassistischen Kriterien des NS-Staates entsprachen. Das Elternhaus der drei Brüder war dominiert durch den Vater Gebhard Himmler senior, Schuldirektor am Wittelsbacher Gymnasium in München. Einer der ehemaligen Schüler des Gymnasiums, Alfred Andersch, charakterisierte ihn in einer literarischen Darstellung als äußerst strengen und unbarmherzigen Lehrer.[2] In der Erziehung seiner Söhne setzte Gebhard Himmler auf „Strenge, Disziplin, Anständigkeit – die deutschen Kernsekundärtugenden“ (S. 31). Die

„Normalität“ des Familienlebens, wie Katrin Himmler es stellenweise schildert, wirkt befremdlich, etwa wenn die drei Brüder nur beim Vornamen genannt werden, der spätere Reichsführer SS in Zitaten häufig sogar als „Heini“ auftaucht. Doch gleichzeitig wird gerade an diesen Passagen die Ambivalenz deutlich, die sich seit Beginn der Weimarer Republik manifestierte, zwischen einer zutiefst bürgerlichen, angesehenen und „ganz normalen Familie“ (S. 29), die dabei in radikalster Weise die bestehende, nämlich freie und demokratische Gesellschaftsordnung ablehnte. Ausführlich schildert Katrin Himmler die Rolle der Ehefrauen bzw. Geliebten der drei Himmler-Brüder, die nicht nur die nationalsozialistische Einstellung ihrer Männer teilten, sondern nach 1945 auch an der Verdrängung der Familiengeschichte mitwirkten und sich sogar einem Netz alter Nationalsozialisten anschlossen. Der israelische Psychologe Dan Bar-On, spricht von einer „doppelten Mauer“ [3], die zwischen der nationalsozialistischen Tätergeneration und ihren Nachfahren bestand: während sich die Eltern ihrer NS-Vergangenheit nicht stellten und möglichst rasch zur vermeintlichen „Normalität“ übergingen, wollten die Kinder ihre Väter und Mütter als sorgende Eltern in Erinnerung behalten, und zögerten ihrerseits, Fragen nach deren Verantwortung für nationalsozialistische Verbrechen aufzuwerfen. Die Forscher um den Sozialpsychologen Harald Welzer kommen zu dem Ergebnis, daß im Familiengedächtnis Eltern und Großeltern häufig sogar als Helden des alltäglichen Widerstandes oder ausschließlich als Opfer des Krieges und seiner Folgen erinnert werden.[4] Tendenzen der Viktimisierung, die sich auch in jüngst erschienenen Publikationen anderer Täter-Nachfahren finden.[5] Katrin Himmler stellt mit ihrer kritischen Studie über die Brüder Himmler eine positive Ausnahme dar.

- Karabel, Jerome: *The Chosen. The Hidden History of Admission and Exclusion at Harvard, Yale, and Princeton*. Boston 2005, VIII + 711 S.; rez. v. Cord Arendes: „In den Diskussionen um die Neuausrichtung der deutschen Bildungs- und Hochschullandschaft spielen auch universitäre Zulassungskriterien eine nicht unbedeutende Rolle. Wer werden die „Auserwählten“ sein? Für wen wird der Zugang in Zukunft verschlossen bleiben? Die Debatten sind dabei durch den Rekurs auf einen den angelsächsischen Spitzenuniversitäten zugeschriebenen, quasi „neutralen“ Leistungsgedanken, der zu objektiven und gerechten Ergebnissen unabhängig vom vorherrschenden politischen Zeitgeist führt, geprägt. Diese Vorbildfunktion wird durch die über 700 Seiten starke Untersuchung von Jerome Karabel, Professor für Soziologie an der Universität von Kalifornien in Berkeley, allerdings deutlich in Frage gestellt. Unter dem programmatischen Titel „The Chosen“ schildert Karabel auf der Basis einer breiten Auswahl an Quellenmaterial, das von den offiziellen Universitätsakten bis hin zu privaten Briefwechseln der „key administrators“ bzw. „admission officers“ und den internen Handbüchern für die Zulassungsinterviews reicht, ausführlich die in Deutschland bisher völlig unbekannt Geschichte der Zulassungs- und Ausschlußverfahren der drei führenden amerikanischen Eliteuniversitäten Harvard, Yale and Princeton im 20. Jahrhundert. Karabels Studie unterteilt sich in drei große Abschnitte, die zeitlich jeweils knapp ein Drittel des 20. Jahrhunderts umspannen. Zuerst widmet sich Karabel den historischen und gesellschaftlichen



Ursprüngen der „Selective Admissions“ in der Phase von der Jahrhundertwende bis zur „Great Depression“. Die „Big Three“ bildeten als „iconic institutions“ (S. 18) für die protestantische amerikanische Oberschicht die Kadenschmieden der Nation. Steigende Zulassungszahlen und öffentliche Debatten über den sichtbaren Niveauperlust kennzeichneten diese Entwicklungsphase. Die notwendige Anwendung objektiver Auswahlkriterien trug zwar zu einer Verwissenschaftlichung des Studiums bei, führte aber auch zu einer Zunahme der Gruppe der so genannten „undesirables“, besonders jüdischer Studenten, die auf einen osteuropäischen Familienhintergrund zurückblickten. Der „Anglo-Saxon character of the nation culture“ (S. 47) drohte nach Ansicht der Verantwortlichen wegen des „Jewish problem“ (S. 88) bzw. der „Hebrew invasion“ (S. 112) verloren zu gehen. Um eine Abwanderung der protestantisch geprägten weißen Oberschicht, wie an der Columbia-University, wo der Anteil jüdischer Studenten aufgrund des Einzugsgebietes der Stadt New York innerhalb weniger Jahre auf über 40 Prozent gestiegen war, zu verhindern, setzte man in Harvard, Yale und Princeton auf Reformen der Zulassungssysteme. Das neue, auf den ersten Blick „neutrale“ Bewerbungsverfahren umfaßte Empfehlungsschreiben, einen persönliche Essay, Fotos und einen Fragebogen, der auch nach Rasse, Hautfarbe und Religionszugehörigkeit fragte. Die Bewerber wurden zudem in Harvard - wenn auch nur intern - nach einem Raster den Kategorien J1 (eindeutig jüdisch) bis J3 (eventuell jüdisch) eingeordnet (S. 96). Die Betonung rein subjektiver Werte wie „Persönlichkeit“, „Charakter“ oder „Männlichkeit“ - es wurde der Typ des „manly man“ (S. 29) bevorzugt - standen in direkter Verbindung mit dem Wunsch, nationale Führungspersönlichkeiten hervorzu-bringen (S. 115). Bei der Begründung der Quoten wurde „character“ zum „key code word“ (S. 131). Die Zahl der jüdischen Studenten konnte auf dieser Grundlage gesenkt bzw. bei der „gewünschten“ Marke eingefroren werden. Das Zulassungsverfahren erwies sich in seiner Grundstruktur aber als so flexibel, daß die Bevorzugung Angehöriger der protestantischen Oberschicht und der Söhne zahlungskräftiger Alumni weiter gewährleistet blieben. Der zweite Teil des Buches, der die Jahre zwischen 1933 und 1965 umfaßt, beschäftigt sich mit dem „battle over merit“. Voraussetzung war eine Reihe von grundlegenden Reformschritten: Die Einführung von leistungs-basierten Stipendien („National Scholarship Program“), eine gestiegene Bedeutung des SAT (Scholastic Aptitude Test) und ein Rückgang der Diskriminierung gegenüber Juden und den Absolventen öffentlicher Schulen. Während schwarze Studenten weiterhin eine Nebenrolle spielten wurden im Verlauf des Zweiten Weltkrieges in Harvard ab dem Frühjahr 1943 erstmals auch Frauen zum Studium zugelassen. In Yale und Princeton sollte diese Öffnung bis ins Jahr 1969 auf sich warten lassen (S. 180, 379 f.) Neben den Stipendiaten profitierten im Jahr 1946 auch unzählige Kriegsveteranen von den ersten institutionalisierten Ansätzen einer „need-blind admission“ (S. 178) durch die so genannte „G.I. Bill?“ (S. 183). Die antisemitischen Quoten wurden erst in den 1950er Jahren abgeschafft. Die öffentliche Mobilisierung gegen den Antisemitismus trug Entscheidendes zu dieser Veränderung bei. (Antidiskriminierungs-)Gesetze sowie eine Öffnung der Gesellschaft in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht schufen eine grundlegend andere Ausgangsposition (S. 246 f.): Es wurde mehr als zuvor Wert auf „equality of opportunity“ und die Suche nach den wissenschaftlichen Talent gelegt - gerade auch vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz im Rahmen des Kalten Krieges („Big Science“, „Sputnik-Schock“). Das Zulassungssystem mußte trotzdem darauf angelegt bleiben, die bestehenden Privilegien und somit auch den Ruf der Universitäten zu sichern. In der Praxis führte dies

zu so ungewöhnlichen internen Vorgaben, wie die „pure intellectuals“ auf nicht mehr als 10 Prozent der „freshman class“ zu begrenzen (S. 293) und für die Talente aus den anderen Bereichen (besonders dem Sport) einen Platz zu reservieren: das so genannte „happy bottom quarter“ (S. 286). In den 1960er Jahren war der allergrößte Teil der Studierenden in Yale und Princeton weiterhin weiß und männlich. Im dritten Teil wird die Geschichte der Zulassungsbeschränkungen von 1965 bis in die unmittelbare Gegenwart fortgeschrieben. Die gesellschaftlichen Umbrüche der 1960er Jahre trieben auch die „Big Three“ in ein völlig verändertes Fahrwasser. Innerhalb einer Spanne nur sehr weniger Jahre wurden Maßnahmen der „affirmative action“ ergriffen, die auch „Afro-Americans“ und anderen Minderheiten ein Studium ermöglichten. Zudem wurden Studentinnen jetzt auch als Undergraduates zugelassen und ein Verfahren der „sex-blind admissions“ eingeführt. Die schnelle Umsetzung der Forderungen entsprang der „Angst“ der alteingesessenen Institutionen vor den Folgen der „New Left“, der Bürgerrechts- und Studentenbewegung. Wenn man die viel zitierte Forderung nach Chancengleichheit und Leistungsprinzip ernst nahm, dann mußten beide Geschlechter und alle gesellschaftlichen Gruppen gleichsam davon profitieren können. Kurz: Mechanismen der Exklusion durch solche der Inklusion ersetzt werden. Die Radikalität dieser Veränderungen forderte umgehend harsche Gegenmaßnahmen von Seiten der konservativeren Ehemaligen-Organisationen heraus (starker Spendenrückgang), die am Ende aber nicht zu einer Rücknahme der Reformen führten. Karabels Diskussion der aktuellen Probleme wie die Diskriminierung von „Asian-Americans“, die weiterhin zu hohe Bedeutung sportlicher Fähigkeiten und die fortbestehende Bevorzugung der Kinder der Alumni zeigt, daß die Geschichte der Zulassungsbeschränkungen noch nicht an ihr Ende gekommen ist. Gerade auch, weil in den 1990er Jahren durch die Ökonomisierung des Studiums die Bedeutung nationaler Rankings für die Universitäten stetig zugenommen hat. „The Chosen“ ist aber nicht nur eine historisch-soziologische Studie über den Zugang zu den amerikanischen Eliteuniversitäten, bei der auch die jeweils führenden Köpfe des amerikanischen Bildungswesens wie A. Lawrence Lowell oder James Bryant Conant und die Praktiker „vor Ort“, die „deans of admission“ wie Radcliffe Heermance oder Wilbur J. Bender der Zulassungspolitik ihren persönlichen Stempel aufdrücken konnten. Die äußerst breite und auch durch kulturwissenschaftliche Ansätze inspirierte Ausrichtung von Karabels Studie ermöglicht zudem, einen gezielten Blick auf die wichtigsten Ereignisse, Bewegungen und Entwicklungslinien der amerikanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu werfen. So lassen sich die antijüdischen Maßnahmen der 1920 Jahre nicht ohne die von Xenophobie und Antisemitismus geprägte gesellschaftliche Grundstimmung dieser Zeit erklären (S. 135), wie auch die die Zuwanderung strikt limitierenden und kontingentierenden „Immigration Acts“ der Jahre 1917, 1921 und 1924 zeigen. Die Geschichte der Zulassung zu den „Big Three“ ist auch eine des fortwährenden Ringens um eine zeitgemäße Interpretation von Begriffen wie „Leistung“, „Verdienst“ und „Elite“. Daß diese einer ständigen Wandlung unterliegen - und zumeist die Werte und Interessen derer reflektieren und unterstützen, die auch über das entsprechende „kulturelle Kapital“ (Pierre Bourdieu) verfügen, ist eines der zentralen Anliegen Karabels. Im Kontext der aktuellen deutschen Debatten liefert Karabel wichtige und historisch fundierte Argumente - auch wenn er selbst keine Lösung für die beschriebenen Probleme anbietet. Das Buch zeigt, warum es angebracht ist, in den hochschulpolitischen Diskussionen auch einmal verstärkt einen Blick hinter die Fassade der erfolgreichen amerikanischen Eliteuniversitäten zu werfen. Die Tendenz, einzelne

Leuchttürme der Wissenschaft als Marken zu „verkaufen“, kann nur dann erfolgreich sein, wenn man auch die Gesetze des Marktes in vollem Umfang beachtet. Die staatlichen deutschen Universitäten verfügen nicht über eine solche Tradition und werden von diesen „Exklusivrechten“ auch in Zukunft nur wenig Gebrauch machen können - und dies ist in Anbetracht der Geschichte der Zulassungsverfahren der „Big Three“ vielleicht auch nicht die schlechteste Lösung. Trotz des nicht geringen Umfanges - der Fließtext umfaßt allein 557 Seiten - und einiger Längen bei der Beschreibung der Lebensläufe einzelner Gestalter des amerikanischen Bildungssystems ist Jerome Karabel mit „The Chosen“ eine gut lesbare und inhaltlich spannende Studie zu einem in Deutschland bisher kaum thematisierten Kapitel der amerikanischen Hochschulgeschichte gelungen. Durch seine geschickte Verknüpfung einzelner Untersuchungsbereiche der Wissenschaftsgeschichte (Institutionen, Personen, Begriffen und Ideen), gewinnen die „Big Three“ auch für den deutschen Leser Konturen, die ihre mythische Aufladung als allein dem Leistungsprinzip verpflichtete Orte wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens zumindest hinterfragen, wenn nicht teilweise sogar entzaubern. Auch wenn im Kontext der amerikanischen Wissenschaftsgeschichte nicht alle Ergebnisse neu sein dürften, so besticht Karabels Studie doch durch ihren extrem breiten Quellenbestand. Neben der Einbeziehung von Aspekten der Kultur-, Gesellschafts- und Politikgeschichte ist besonders der von Karabel gewählte Untersuchungszeitraum des „langen 20. Jahrhunderts“ hervorzuheben. Nur auf diesem Wege geraten die vordergründig wenig dramatischen und oft nur schleichenden, in ihren praktischen Folgen aber entscheidenden, Veränderungen überhaupt erst in den Blick. Andererseits können auch die systemerhaltenden bzw. stabilisierenden Konstanten ebenfalls nur in diesem Rahmen erkannt und entsprechend thematisiert werden. Karabel hat mit seiner Gesamtschau eine deutliche Marke in der amerikanischen Wissenschafts- und Universitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts gesetzt, die trotz ihres nicht ohne weiteres übertragbaren Gegenstandes auch in Deutschland für kommende wissenschaftshistorische Veröffentlichungen neue Maßstäbe setzt. Unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=7568&count=251&recno=14&type=rezbuecher&sort=datum&order=down&epoche=17>

Projekte & Portale

- Eliten in Deutschland um 1800: Die Bibliographie umfaßt erstens theoretische und methodische Studien zur soziologischen und historischen Elitenforschung, zweitens allgemeine Arbeiten zur politischen Geschichte und zur Sozial-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Jahrhunderts von 1750 bis 1850 und drittens spezielle Untersuchungen zu Eliten sowohl in Deutschland als auch im übrigen Europa ... Da die **Bibliographie** ausdrücklich als Arbeitsinstrument eingerichtet wurde, erhebt sie keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität. Die Titel bieten vielmehr einen Querschnitt durch die deutschen und europäischen Arbeiten zur historischen Elitenforschung mit einem gewissen Schwerpunkt für die Erscheinungsjahre ab 1985. Die Bibliographie kann entweder als alphabetische Liste oder systematisch geordnet abgefragt werden." www.sfn.uni-muenchen.de/eliten/
- Mit dem wissenschaftlichen Recherchedienst **Service Google Scholar** <http://scholar.google.de> können Studierende und Wissenschaftler jetzt auch auf Deutsch nach Literatur suchen. Die Suchmaschine durchforstet als Quellen u. a. akademische Verlage, wissenschaftliche Artikel, Zusammenfassungen von Büchern sowie

Diplomarbeiten und Dissertationen. Google Scholar ordnet die Suchergebnisse wie bei der Websuche nach ihrer Relevanz.' Berücksichtigt werden dabei Quelle, Autor und die Häufigkeit der Verwendung des Textes als Zitat. Die deutsche Version ist zurzeit noch im Beta-Stadium, wohingegen der englischsprachige Suchdienst bereits seit Ende 2004 läuft. In den USA wird das Projekt von zahlreichen akademischen Einrichtungen und Verlagen unterstützt. Google will sich für die akademische Forschung damit als erste Anlaufstelle bei der Suche nach aktuellen Veröffentlichungen profilieren. Der Softwarekonzern Microsoft betreibt ebenfalls seit Anfang April 2006 einen Wissenschaftssuchdienst. Mit **Windows Live Academic Search** <http://academic.live.com> lassen sich - auch auf Deutsch - mehr als sechs Millionen Einträge von rund 4 300 Wissenschaftsjournalen und 2 000 Konferenzen durchsuchen.

- *„Der Führer wünscht, daß von den Deckengemälden in der Bibliothek in St. Florian Farbfotos hergestellt werden. Außerdem wünscht der Führer im Hinblick auf die durch die feindlichen Luftangriffe hervorgerufenen Zerstörungen, daß von sämtlichen wertvollen Deckengemälden, z. B. im Schloß Würzburg, im Rathaus in Augsburg, in alten Kirchen usw. usw. Farbfotos angefertigt werden. Bisher sind durch Bombenangriffe schon viele unersetzliche Gemälde verloren gegangen, die nur schwer restauriert werden können, da von ihnen lediglich schwarz-weiß-Aufnahmen existieren. Es sind daher von den genannten Gemälden sofort in großem Umfang Farbfotos herzustellen. Ich bitte, das Notwendige zu veranlassen und dafür zu sorgen, daß von jeder Aufnahme ein Abzug an uns zur Weiterleitung an den Führer geschickt wird. Ich mache darauf aufmerksam, daß es sich um einen Führer-Auftrag handelt, mit dessen Durchführung in den allernächsten Tagen begonnen werden muß. Heil Hitler! gez. Dr. Naumann“*

Dieser Brief vom 6. April 1943 aus dem Ministerbüro des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda an den Leiter der Abteilung Bildende Kunst des Goebbels-Ministeriums benennt – vor dem Hintergrund alliierter Luftangriffe auf deutsche Städte – Auftraggeber, Motivation und Zuständigkeit für die Kampagne »Monumentalmalerei«. Bei den in der Folge angefertigten Farbdia-Aufnahmen handelt es sich vor allem um malerische Ausstattung erstrangiger Kunstwerke im damaligen deutschen Gebiet, von denen ein erheblicher Teil während des Zweiten Weltkriegs zerstört wurde oder starke Beschädigungen erlitten hat. Zu den in diesem Zusammenhang letztmalig im Originalzustand dokumentierten Bauten gehören u. a. die Münchner Residenz, der Goldene Saal des Augsburger Rathauses, die Dürerfresken des Rathauses in Nürnberg und viele andere. Von Hochschulbauten sind vertreten das Schloß Charlottenburg als Sitz der **Berliner Hochschule für Musikerziehung**, das ehemalige Jesuitenkolleg als Sitz der **Friedrich-Wilhelms-Universität Breslau**, die **Hochschule für Musikerziehung Graz** in Schloß Eggenberg, die **Wiener Akademie der Bildenden Künste**, die **Friedrich-Schiller-Universität Jena**, die **Universitätsbibliothek Leipzig**, das Mannheimer Schloß – nach dem Krieg Sitz der Universität. Seit dem 21. Oktober 2005 hat das Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München eine Datenbank im Netz freigeschaltet unter www.zi.fotothek.org, die dieses außergewöhnliche Bildmaterial aus der Frühzeit der dokumentarischen Farbfotografie der Öffentlichkeit erstmals zugänglich macht. Unter dem Titel „Farbdiaarchiv – Mitteleuropäische Wand- und Deckenmalerei, Stuckdekorationen und Raumausstattungen“ ist hier der Zugriff auf knapp 40 000 digitalisierte Farbaufnahmen aus den Jahren 1943 bis 1945 möglich. Die Verantwortung für die Durchführung des „Führerauftrags“ lag bei Regierungsrat Rolf Hetsch. Er

war in mancherlei Hinsicht eine interessante Figur: Nach einem Studium der Nationalökonomie, Jura, Kunstwissenschaft und Geschichte in Marburg und Frankfurt, das er 1930 mit der juristischen Promotion abschloß, erhielt er 1935 in München seinen zweiten Dokortitel mit einer bei Wilhelm Pinder verfaßten Arbeit über den spätgotischen Bildschnitzer Heinrich Douvermann. In dieser zweiten Studienzeit gab Hetsch 1932 ein Buch über Paula Modersohn-Becker heraus; ein weiteres Buch über Ernst Barlach war in Planung. Daß ausgerechnet Hetsch, dessen persönliche Interessen und Sympathien dem deutschen Expressionismus galten, in Goebbels Propagandaministerium von 1937 an mit der „Säuberung der deutschen Museen“ von der sogenannten „Entarteten Kunst“ betraut wurde und deren weitere „Verwertung“ durch Verkauf gegen Devisen organisierte, erscheint aus heutiger Sicht geradezu als Glück im Unglück. Denn Hetsch bildete im Ministerium offenbar den gemäßigten Gegenpol zu dem fanatischen und engstirnigen Franz Hofmann, ehemals Kunstkritiker des Völkischen Beobachters, der zum Leiter der Abteilung Bildende Kunst im Propagandaministerium aufgestiegen war und sich dort ganz dem Ziel der endgültigen Vernichtung der „Entarteten Kunst“ verschrieben hatte. Hetsch war seit dem Frühjahr 1943 mit allen Fragen der „Farbdia-Aktion“ betraut (Objekte, Fotografen, Bildtechnik und Finanzierung). Die Kostenschätzungen in der Höhe von 1 250 000 bis 1 500 000 RM wurden alsbald vom Finanzministerium bewilligt; hierin waren nicht nur die Kosten für das von der Firma Agfa zu liefernde Farbfilmmaterial, sondern auch die Kameraausrüstungen (Leica und Contax) der Fotografen, die Kosten für Beleuchtungsrichtungen und die Honorare der Fotografen enthalten. Zu den ersten, die für den „Führerauftrag“ zu arbeiten begannen, gehörte der Kunsthistoriker und Fotograf Carl Lamb, den Hetsch aus der gemeinsamen Studienzeit in München kannte ... Die zunächst aufgestellte Auswahl der zu fotografierenden Objekte umfaßte etwa 1000 Kirchen, Schlösser, Burgen und Profanbauten. Bis zum Sommer 1944 kamen weitere 1000 Objekte hinzu. Daß das verwendete Agfa-Farbfilmmaterial nach Beginn der Aktion praktisch aus dem Handel verschwand, versteht sich ebenso von selbst ... Es bleibt ein aus heutiger Sicht kaum nachvollziehbarer Vorgang, wie die Verwaltungsstrukturen des NS-Staates angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Niederlage bis zuletzt an der bürokratisch organisierten Umsetzung des einmal beschlossenen Projektes festhielten ... Von 480 Objekten waren etwa 40 000 Einzelaufnahmen angefertigt worden (pro Objekt durchschnittlich 85 Bilder) ... Die Applikation, mit der die digitalisierten Farbdias über www.zi.fotothek.org zur Verfügung gestellt werden, besteht im Prinzip aus zwei Modulen: der Datenbank selbst und einem integrierten Bildserver namens „Digilib“, dessen Technik vom Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte und der Universität Bern entwickelt wurde. Mit Digilib können die Bilder stark vergrößert über das Internet betrachtet werden, da der Server direkt auf die Rohdaten der Scans zurückgreift. Zusätzlich ermöglicht er es, Bilder zu annotieren bzw. zu referenzieren. Zit. n. Aviso 2 (2006): http://www.stmwfk.bayern.de/downloads/aviso/2006_2_aviso_46-51.pdf

Tagungen & Themen

Der **ARBEITSKREIS der STUDENTENHISTORIKER**
im Convent Deutscher Akademikerverbände (CDA)

veranstaltet die 66. Deutsche Studentenhistorikertagung
vom 6. bis 8. Oktober 2006 in **Münster**.

Begrüßungsabend auf dem Haus der AV Zollern,
Tagungshaus Münstersche Burschenschaft Frankonia

Auskünfte: Klaus Gerstein, T: (49) 0271-370138, M: 0171-4868791, klaus.gerstein@t-online.de bzw. www.studentenhistoriker.de

- Tagung der **Friedrich-Schiller-Universität Jena**, Nachwuchsgruppe "Universitätsgeschichte" am 7./8. 7. 2006; Thema: „Orte der Gelahrtheit: Vom ‚Funktionieren‘ deutscher Universitäten im 17. und 18. Jahrhundert“; im Mittelpunkt der Tagung werden die Strukturen der frühneuzeitlichen Universität im Alten Reich stehen: ihr Aufbau, ihre Verwaltung und die verschiedenen mit ihr verbundenen Personengruppen. Gefragt wird nach Strategien der Behauptung in einem sich wandelnden, die Universitäten zunehmend kritisch bewertenden Umfeld. Bewußt werden dabei nicht die aus der Rückschau vieles überstrahlenden Reform-„Leuchttürme“ der frühneuzeitlichen Universitätslandschaft in das Zentrum gerückt. Vielmehr werden jene Universitäten in den Blick genommen, die ihre bereits bestehenden Institutionen und Traditionen unter anderem auch durch die Universitäten in Halle und Göttingen herausgefordert sahen; Vorträge von Tina Leich: Das Besucherprofil der Universität Jena im 16. und 17. Jahrhundert, Anja Pohl: Geselligkeit im akademischen Milieu Leipzigs, Simone Giese: Die Bedeutung der Universität Greifswald aus schwedischer Perspektive. Wie eine kleine Universität großen Einfluß haben kann, Andreas Göbner: Die Relegation als akademische Disziplinarmaßnahme im 16. und 17. Jahrhundert. Das Beispiel der kursächsischen Universitäten Leipzig und Wittenberg, Matthias Asche: Bildungslandschaften im Reich der Frühen Neuzeit Überlegungen anhand der Landsmannschaften (Studentennationen) an deutschen Universitäten, Daniela Siebe: „zum nutzen der studirenden Jugendt und aufnehmern der Universitet“. Berufungen in Jena 1650-1700, Julian Kümmerle: Familienuniversitäten und Universitätsfamilien. Bildung, Wissenschaft und Verwandtschaft im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Marian Füssel: Zeremoniell und Verfahren. Akademische Selbstverwaltung zwischen instrumentellem und symbolischem Handeln, Carsten Lind: „... undt andern dartzue gehörigen Personen“ Gießener Universitätsverwandte in der Frühen Neuzeit, Eva-Marie Felschow: Reformen durch Berufungspolitik? Die Universität Gießen und ihr Landesherr im 18. Jahrhundert, Sabine Holtz: Universität und Landesherrschaft. Die württembergische Landesuniversität im 17. Jahrhundert, Stefan Wallentin: „Heylsame und nützliche Anstalten“ Universitätsreform in Jena um 1700, Podiumsdiskussion: Universitätsgeschichte der Frühen Neuzeit: Probleme und Perspektiven mit Rüdiger vom Bruch, Anton Schindling, Helmut G. Walther, Moderation: Volker Leppin; <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=5560>
- Seminar v. 13. – 15. 9. 2006 zum Thema: „Mare Balticum und Musica Baltica – Universität und Musik im Ostseeraum“ Institut für Kirchenmusik und Musikwissenschaft der **Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald**, Alfred-Krupp-Wissenschaftskolleg; aus Anlaß des 550jährigen Gründungsjubiläums der Universität Greifswald veranstaltet das Institut für Kirchenmusik und Musikwissenschaft seinen elften internationalen musikwissenschaftlichen Kongreß „Musica Baltica“ zum Thema „Universität und Musik“. Damit steht – zwölf Jahre nach einem ersten kursorischen Überblick im Rahmen der Greifswalder Tagung „Akademisches Lehrfach und Exerctium–Musik an den Universitäten im Ostseeraum“ – noch einmal die Musik an den Universitäten des Ostseeraums im Mittelpunkt. Der Ostseeraum ist reich an altehrwürdigen Universitäten. Mit der Alma Mater Rostochiensis wurde bereits 1419 die heute älteste Hochschule im baltischen Raum gegründet. Auch Skandinavien blickt mit Uppsala (gegründet 1477)

und Kopenhagen (gegründet 1479) auf über 500 Jahre Universitätsgeschichte zurück, in der auch die Musik als Lehrfach oder in der Praxis ihren Platz hat. Der Greifswalder Kongreß zielt freilich nicht nur auf die traditionsreichen Hochschulen des Mittelalters und der frühen Neuzeit, sondern auch auf in neuerer Zeit entstandene akademische Einrichtungen im Ostseeraum, die sich der Musikausbildung und -pflege verschrieben haben. Anknüpfend an den zuletzt von Emil Platen in seinem MGG-Artikel „Universität und Musik“ zusammengefaßten Forschungsstand sollen nachfolgende thematische Schwerpunkte diskutiert werden: 1. Die Etablierung der Musikwissenschaft als Forschungs- und vor allem als Lehrfach ist ohne die Universität nicht vorstellbar. War die ältere Musiklehre im Wesentlichen an den Lateinschulen angesiedelt (zumal im protestantischen Norden und Nordosten) und seit dem 16. Jahrhundert vor allem der musikalischen Praxis gewidmet, so führte im 19. Jahrhundert der Wandel vom „historisch interessierten Musikdirektor“ zum „musikalisch interessierten Historiker und Philologen“ (Platen) geradezu zwangsläufig zur Institutionalisierung der Musikwissenschaft als universitäre Disziplin. Dieser Prozeß ist jedoch für den Ostseeraum bislang noch keineswegs umfassend erhellt worden. Zu fragen wäre beispielsweise nach den jeweiligen Bedingungen, die zur Akzeptanz der Musik als wissenschaftliches Fach und zu ihrer Eingliederung in die universitas litterarum führten, aber auch danach, ob sich bestimmte regionale bzw. lokale Schwerpunkte (historisch, philologisch, ethnologisch) des Faches erkennen lassen. Von besonderem Interesse für das Gebiet der „Musica baltica“ wären nähere Kenntnisse über mögliche Orientierungsmuster im Ostseeraum, die zu der Frage führen, ob es hier Formen des Lehr- und Forschungstransfers gegeben hat. 2. Als universitas magistrorum et studiosorum ist die Universität eine institutionell verfaßte Gemeinschaft, die sich nicht nur durch das gemeinsame Interesse am Lehren und Lernen, sondern auch seit ihren Anfängen durch zahlreiche akademische Bräuche definiert. Dabei spielen bestimmte Formen der Musikpflege eine nicht unwichtige Rolle, haben sie hier doch besonders günstige Bedingungen getroffen. Allerdings sind die Spielarten der Musik im akademischen Leben (geistliche Musik ebenso wie etwa Fest- und Jubiläumsmusiken) grundsätzlich auch außerhalb der Universität vorstellbar. Zu fragen ist deshalb nicht nur allgemein nach den jeweiligen historischen wie aktuellen Formen akademischen Musizierens in den Universitäten des Ostseeraums – immerhin wissen wir von der langen Existenz akademischer Musiklehrer in Uppsala ebenso wie in Helsinki oder Dorpat. Darüber hinaus wäre vor allem das spezifisch „Universitäre“ solcher Musikübungen in den Blick zu nehmen. Beschränkt es sich auf schon dokumentierte Phänomene wie die Integration transnationaler musikalischer Gattungen und Formen in Lieder- oder Lautenbücher oder auf die Existenz typischer Studentenlieder (auf die noch Johannes Brahms in seiner Akademischen Festouvertüre nicht verzichten zu können glaubte)? Und sind Universitätschöre, -orchester und -musikdirektoren heutzutage noch Vertreter ihrer jeweiligen Hochschule, zeichnen sie sich durch ein spezifisch universitäres Repertoire aus oder bereichern sich lediglich den Pool an kommunalen musikalischen Institutionen, reduziert sich ihre Universitätszugehörigkeit auf ihren Namen bzw. die vom Semesterbetrieb abhängigen Termine ihrer Konzerte? 3. Universitäre Musiklehre und -praxis ist an Personen und Ämter gebunden. Das schließt allerdings die Existenz spezifisch universitärer Berufsbilder keineswegs ein – schon deshalb nicht, weil Musiker, die an Universitäten wirkten, dort jahrhundertlang allem Anschein nach in der Regel nur nebenamtlich tätig waren. Wie es allerdings genau zugeht, ist bislang noch kaum erarbeitet worden; von einer gründlichen Erforschung der universitären

musikalischen Institutionen- bzw. Sozialgeschichte kann bislang nicht die Rede sein. Hier sollte der Greifswalder Kongreß zumindest Anstöße geben. Zu untersuchen wäre vor allem der jeweilige Status der akademischen Musiker und ihre Vernetzung mit bzw. Emanzipation von städtischen oder kirchlichen musikalischen Ämtern. 4. Spätestens seit der Umwandlung der Musikakademien und Konservatorien in Hochschulen (in Westdeutschland in den 1970er und 1980er Jahren), die mit musikwissenschaftlichen Studiengängen sowie Promotions- und Habilitationsrecht ausgestattet sind, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Universität und Musikhochschule. Welche Rolle spielen universitäre Grundsätze der Lehre und Forschung in musikalischen Hochschulen? Haben sie sich im Ghetto von Lehrveranstaltungen in Musikgeschichte für angehende Sänger, Instrumentalisten und Musiklehrer angesiedelt, die bei Termin- und Raumpässen gewöhnlich als erste zur Disposition stehen? Zu fragen wäre auch nach dem immer wieder gerne beschworenen Nutzen der unmittelbaren Nachbarschaft zwischen musikologischer Lehre und Forschung und vornehmlich der Einübung der Praxis dienenden Ausbildungszweigen. Liegt hier die eigentliche Zukunft der Beziehung zwischen Universität und Musik? <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=4432>

- Tagungsbericht „Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945“ an der **Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt** am Main, v. 2. - 4. 3. 2006, Bericht von Jennifer Stähle: „Was charakterisiert Universität? Welchen Leitbildern folgten – und folgen – Hochschulreformen? Unter diesen zentralen Fragestellungen den bundesrepublikanischen Diskurs im Spannungsfeld von universitärem Selbstverständnis und gesellschaftspolitischen Anforderungen näher zu beleuchten, seine Entwicklung zu dokumentieren und zu deuten, war Anliegen der Tagung „Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945“.[1] Die im Rahmen des Forschungskollegs „Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel“ von den Teilprojekten Soziologie und Neuere Geschichte an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt vom 2. bis zum 4. März 2006 ausgerichtete Veranstaltung wurde von der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung unterstützt. Notker Hammerstein (Frankfurt am Main) entwickelte in seinem Referat über „die Ziele der Hochschulreformer an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt“ am Frankfurter Beispiel das Panorama des Wiederbeginns an den westdeutschen Hochschulen nach 1945. Anders als heute habe damals ein landesweiter Konsens darüber geherrscht, welche Ziele und Funktionen die Hochschulen zu erfüllen hätten. Neben der beruflichen Ausbildung sollte die Universität den Studenten auch Demokratiefähigkeit vermitteln. Die Trennung von allen durch den Nationalsozialismus belasteten Inhalten und Personen war hierfür Voraussetzung. An die Stelle der NS-Ideologie sollte allerdings keine neue „politische Wissenschaft“ treten. Vielmehr berief man sich auf die Humboldtsche Maxime, der Staat zöge den meisten Nutzen aus einer Universität, in die er sich nicht einmische. Unstrittig sei von Anfang an gewesen, daß der Zugang zu den Universitäten nicht länger vom sozialen Status der Studierenden abhängen dürfe. Probleme habe dagegen die Organisation der Selbstverwaltung der Hochschule bereitet. Entgegen der jüngeren These, daß hierfür ein aus der NS-Zeit stammender Reformunwille und eine bewußte Modernitätsfeindlichkeit der Professoren verantwortlich gewesen seien, wies Hammerstein auf die demokratische Unerfahrenheit der Ordinarien hin. Corine Defrance (Paris) untersuchte die Hochschulreformbemühungen in der französischen Besatzungszone vergleichend zu denen der beiden anderen Westalliierten. Vorderstes und allen

drei gemeinsames Anliegen sei die Entnazifizierung, Demokratisierung und Westbindung Deutschlands gewesen. Den Universitäten sei dabei die Rolle zugefallen, „gleichzeitig ein unentbehrliches Mittel und ein wichtiges Objekt dieser Politik zu sein“. Anders als Briten und Amerikaner waren die Franzosen nicht gewillt, diese Umerziehung in deutsche Hände zu legen. Die bestehenden Hochschulen erschienen ihnen nicht reformfähig, und so setzten sie in erster Linie auf Neugründungen. Sie seien damit aber letztlich ebenso gescheitert, bilanzierte Defrance, wie die angelsächsischen Reformer, die stärker auf den Reformwillen der deutschen Universitäten vertraut hätten. Der Erfolg der westalliierten Reformbemühungen sei demnach vor allem im Setzen liberaler Impulse und Zukunftsperspektiven für die deutschen Hochschulen zu sehen. Christina Schwartz (Tübingen) ging dem „Selbstbildnis der Universität in Rektoratsreden“ von 1945-48 auf den Grund. Diese stellten sich der Referentin zufolge erstaunlich homogen dar und kreisten vorrangig um drei Themenfelder: Das Bekenntnis zum christlich-abendländischen Kulturkreis, das aus der Katastrophe der jüngsten Vergangenheit resultierende Krisenbewußtsein, sowie die Frage nach der zukünftigen Rolle der Hochschulen innerhalb der Gesellschaft. Wie Hammerstein und Defrance sah Schwartz die Unklarheiten nicht in der Theorie, sondern in deren praktischer Umsetzung: So sei die soziale Öffnung der Universitäten allgemein gewünscht und gefordert gewesen, sollten diese doch ihren Platz in der „Mitte der Gesellschaft“ finden, doch habe man sich schwer getan, geeignete Zulassungskriterien zu formulieren. Das Ziel, den Studenten eine umfassendere Bildung und vor allem auch politisch-moralische Integrität zu vermitteln, wurde vielerorts durch die Einführung eines Studium Generale umgehend in Angriff genommen. Barbara Wolbring (Frankfurt am Main) fragte in ihrem Vortrag über „Öffentliche Universitätskritik in der unmittelbaren Nachkriegszeit“ nach der außeruniversitären Reformdebatte, die sie am Beispiel zweier sozialistisch orientierter Zeitschriften untersuchte. Im Zentrum der dort geäußerten Kritik habe die Forderung nach einem „wirklichen Neubeginn“ an den Universitäten gestanden, der einen Plan für grundlegende, strukturelle Reformen erfordere. Eine Rückbesinnung auf die Universitätstradition vor der NS-Zeit sei dabei kategorisch abgelehnt worden. Die Zeitschriften hätten ihre Universitätskritik mit einem Versagen des Bürgertums als Bildungselite begründet. Dieses sei an seinen eigenen Idealen gescheitert, was sich nicht zuletzt an seiner politischen Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber gezeigt habe. Die in Ostdeutschland durchgeführten Reformen, die auf die rasche Bildung einer Arbeiterelite abzielten, seien hingegen positiv rezipiert worden; dabei seien allerdings die „totalitären Vorzeichen“, unter denen die SED die Reformen umsetzte, frühzeitig wahrgenommen und kritisiert worden. Jan-Otmar Hesse (Frankfurt am Main) untersuchte am Beispiel der Wirtschaftswissenschaften „Universitätsgeschichte als Disziplinengeschichte“. Er stellte die anhand der Neuorganisation der Fakultäten und der Reform der Studieninhalte die Wandlung der Wirtschaftswissenschaften im Zeitraum von 1950-1975 dar und belegte zugleich deren Aufstieg zur allgemein anerkannten Leitwissenschaft. Hesse warf die Frage auf, inwieweit ein unter dem Einfluß der Wirtschaftswissenschaften stehendes Wissenschaftsbild die gesellschaftlichen Einstellungen und Erwartungen gegenüber den Hochschulen verändert habe. Diese gelte es in den gegenwärtigen Universitätsdiskurs mit einzubeziehen. Axel Jansen (Frankfurt am Main) unterzog in seinem Referat den „offenen Brief“ der Initiative Zukunft Wissenschaft vom September 2005 einer ebenso gründlichen wie unterhaltsamen sequentiellen Analyse. Darin wies er nach, daß der Brief, der als offener

Protestbrief deutscher Auslandswissenschaftler an die hiesige Bildungspolitik daher kam, sich bei genauem Hinsehen als dessen exaktes Gegenteil entpuppte, da er faktisch die Reformpolitik der damaligen Bildungsministerin Buhmann unterstützte. Er konnte außerdem zeigen, daß dabei der Verweis auf das amerikanische Hochschulsystem als rhetorische Figur eingesetzt wird, die scheinbar auch ohne eine weitergehende inhaltliche Argumentation allgemeine Zustimmung garantiert. Oliver Schmidtke (Frankfurt am Main) betrachtete „Hochschulbau und Hochschularchitektur als Ausdruck universitären Selbstverständnisses“. An den Beispielen Bochum und Bielefeld zeigte er, daß die dortigen Gebäude vollständig auf die Repräsentanz ihrer funktionalen Erfordernisse hin konzipiert worden seien. Dazu zählte Schmidtke die prinzipielle Offenheit, Veränderbarkeit und Erweiterbarkeit der Gebäude – und damit eben der Universität – und die Gleichrangigkeit der Fachbereiche. In der Praxis allerdings hätten sich deren architektonische Umsetzungen als weniger funktional erwiesen. So seien in Bochum gegen den ausdrücklichen Willen der Architekten die Fachbereichsgebäude farblich gekennzeichnet worden, damit sich die Studenten überhaupt auf dem Universitätsgelände hätten orientieren können. Sascha Liebermann (Dormund) und Thomas Loer (Duisburg-Essen) referierten über die „Krise der Kritik“. Sie vertraten die These, daß ein Großteil der derzeit an den Hochschulen beklagten Probleme hausgemacht und auf ein falsches bzw. fehlendes Kollegialitätsprinzip zurückzuführen sei. Anstatt die Verantwortung für unliebsame Entscheidungen – die dann jedoch im vorausweisendem Gehorsam umgesetzt würden – lediglich außerhalb der Universitäten bei Politik und Öffentlichkeit zu suchen, gelte es, diese „Selbstentmachtung der Wissenschaft“ zu beenden und den eigenen Gestaltungsanspruch zu erneuern. Voraussetzung hierfür sei jedoch, daß Kritik und Kritikfähigkeit innerhalb der Universitäten ihren ehemaligen Stellenwert wiedergewinnen. Liebermann und Loer konstatierten eine Scheu, Wissenschaftskollegen öffentlich zu kritisieren. Dies stelle eine Verletzung der Wissenschaftspflicht dar, die den Hochschulen insgesamt Schaden zufüge. Mögliche Gründe für dieses Verhalten sahen die Referenten im mangelnden Selbstbewußtsein und der fehlenden Rückbindung der Wissenschaftler an die Gesellschaft, die sich selbst wieder stärker als politische Gemeinschaft begreifen müsse. Anna Kosmützky und Georg Krücken (beide Bielefeld) setzten sich mit der Entwicklung von Hochschulleitbildern auseinander. Seit der Mitte der 1990er-Jahre sei zu beobachten, daß Universitäten sich eigenständige Leitbilder, so genannte organisationale Images, setzten. Diese dienten der im Zuge der Wettbewerbsverdichtung notwendig gewordenen Darstellung als effizientes Gesamtunternehmen. Dabei wirkten sie nicht nur nach außen, sondern sollten auch nach innen hin, die beschworene Corporate Identity stiften. Kosmützky und Krücken klassifizierten unterschiedliche Typen von Leitbildern. Diese seien Elemente der Hochschulentwicklung, fänden aber keinen Ausdruck in der Aktionsstruktur der Universitäten. Das Risiko eines „universell universitären Identitätsverlustes“ sei somit durch die Images nicht gegeben. Die These von einem gegenwärtig zu beobachtenden „Systembruch in der Verfaßtheit der Universitäten“ vertraten Peter Münte und Andreas Franzmann (beide Frankfurt am Main). Sie stützten sich auf die Analyse eines Interviews mit einem Hochschulpolitiker. Die Referenten skizzierten einen allmählichen Übergang in der Hochschulpolitik zwischen 1985 und 1995, an dessen Ende die Eckpunkte des gegenwärtigen Reformprogramms bereits zu erkennen gewesen seien. Die Politik habe lange versucht, die Probleme der Universitäten, großteils aus deren Ausbau zu Massenhochschulen bei gleichzeitiger Unterausstattung

mit Lehrpersonal und Mitteln resultierend, durch einzelne Finanzspritzen zu mildern, sei dann aber mit der Wiedervereinigung und zunehmender Finanzkrise des Staates dazu übergegangen, hausgemachte Defizite der Universitäten in den Vordergrund der Debatte zu rücken. Schritt für Schritt habe sich der hochschulpolitische Diskurs gewandelt, Universitäten und Professorenschaft seien unter öffentlichen Druck geraten. Die Humboldt-Universität sei als Ursache der Misere immer stärker herausgestellt worden und zur Zielscheibe der Reformer geworden. Das hätte eine „Reform von oben“ vorbereitet, die heute durchgeführt werde. Getragen werde sie von einem Typus des Hochschulpolitikers, der von der Eigenständigkeit der Wissenschaft und den gewachsenen Strukturen der Universität keinen Begriff aus eigener Anschauung mehr habe, weil er die Humboldt-Universität nicht mehr als lebendige Praxis kennen gelernt habe und ihr ressentimentgeladen gegenüberstehe. Winfried Rudloff (Speyer) beschäftigte sich mit den „Leitgedanken der Universitätsgründungen in den 1960er- und 1970er-Jahren“. Bedingt durch Akademikermangel und eine heranrollende „Studentenlawine“ kam es in dieser Zeit zu einer Welle von Universitätsneugründungen, die die Hochschullandschaft zugleich grundlegend veränderten und zu einem „Experimentierfeld“ werden ließen. Im Wesentlichen sei zwischen den Reformuniversitäten, die das Humboldtsche Bildungsideal und die Forschung betonten, und den Gesamthochschulen, die einen stärkeren Praxisbezug sowie eine gesellschaftlich-politische Einbindung forderten, zu unterscheiden. Seien die anfänglichen Konstituierungen noch so unterschiedlich gewesen, unter dem Druck der Realität der Massenuniversitäten hätten sie sich aneinander rasch wieder angenähert. Stefanie Lechner (Frankfurt am Main) referierte am „Beispiel des Wissenschaftsrates in den 1960er-Jahren“ die „Gesellschaftsbilder in der deutschen Hochschulpolitik“. 1957 auf Initiative des Bundes als wissenschaftliches Beratungsorgan für die Hochschulpolitik gegründet, habe der Rat die maßgeblichen Empfehlungen für die allseits als notwendig empfundene Hochschulexpansion gegeben. Nach anfänglichem Zögern habe der Wissenschaftsrat auch zur Studienreform Vorschläge unterbreitet, als diese Mitte der 1960er-Jahre zu dem herausragenden öffentlich-gesellschaftlichen Thema geworden sei. Zwar seien diese Vorschläge von den Hochschulen größtenteils als Bruch mit dem traditionellen, humboldtschen Universitätsverständnis zurückgewiesen worden, Eingang in den Diskurs und das Selbstverständnis, das zunehmend das von „Massenuniversitäten“ geworden sei, hätten sie dennoch gefunden. Zit. n. <http://hsozkult.geschichte-berlin.de/tagungsberichte/id=1109>.

Gemeinschaft für Deutsche Studentengeschichte (GDS)

Vorstand:

Dr. Friedhelm Golücke, 1. Vorsitzender, Institut für Deutsche Studentengeschichte, fgoluecke@t-online.de

Pfr. em. Detlef Frische, 2. Vorsitzender, GDS-Geschäftsstelle, Redaktion Studentenkurier, akadpress@t-online.de

Dr. Raimund Neuß, 3. Vorsitzender, SH-Verlag, ☎ 0221 – 9624437, drneuss@aol.com

Dr. Bernhard Grün, Schriftführer, Kleine Schriften, GDS-Archiv, gds-archiv@gds-web.de

Siegfried Schieweck-Mauk, Kassier, GDS Kassenwart@gmx.de

Raimund Lang, Veranstaltungen, raimund.lang@gmx.de

Dipl.-Math. Stephan Eichhorn, **GDS-Stiftung**,
stephan.eichhorn@wingolf.org

Marc Zirlewagen, M. A., **GDS-Stiftung**,
marc.zirlewagen@t-online.de

Beisitzer:

Werner Essl, **Mitgliederbetreuung**,
wessl@t-online.de

Dr. Wolfgang Löhr, wolfgang.loehr@gmx.de

Dr. Harald Lönnecker, M. A., loe.spetz@web.de

Thomas Schindler, M.A., schindler@hassfurt.de

Dr. Matthias Stickler, **ASH-Reihe**,
matthias.stickler@mail.uni-wuerzburg.de

Dr. Paul Warmbrunn **GDS-Vereinsarchiv**,
pwarmbrunn@aol.com

Termine

2006		
Juli	28. - 22.	MKV-Sternwallfahrt nach Mariazell , grohmann@chello.at
August	25. – 28.	160. Generalversammlung des Schweizerischen StV in Zug
September	2.	116. Staffelsteinkommers von WSC & KSCV, Gaststätte Grüner Baum
	30.	Interkorporative Kneipe in Karlsruhe , www.studentenkultur.org/inter-kneipe.htm
Oktober	6. – 8.	Deutsche Studentenhistorikertagung in Münster
	20.	Hochschulpolitische Podiumsdiskussion von CV, KV, UV, Konrad-Adenauer- und Bertelsmannstiftung in Berlin
	20.	Premiere Oper „Germania“ von Alberto Franchetti, Deutsche Oper Berlin (Thema: Befreiungskriege und Theodor Körner)
	23. – 30.	GDS-Flandernreise
	25. – 29.	Kartellverbandsversammlung des EKV in Brüssel und Alst .
	28. – 29.	Akademikertag und Herbstconvent des CDA/CDK in Nürnberg
November	4.	Bonner Burschenschaftlerball, Redoute Bad Godesberg .
Dezember	15. – 17.	Thomastag in Nürnberg
2007		
Januar	20.	125 Jahre VAB Berlin 2007, Logenhaus, info@vab-berlin.de